

INFOPERU75

Der Newsletter der Informationsstelle Peru e.V.

Inhaltsverzeichnis

1. [Editorial No 75 \(Hildegard Willer\)](#)
2. [#Vacunagate und andere Versäumnisse \(Hildegard Willer\)](#)
3. [Ein Blick auf die Präsidentschaftswahlen \(Cesar Bazan Seminario\)](#)
4. [Der Aufstand der Landarbeiter*innen \(Carlos Herz\)](#)
5. [Frauen und Corona – Nicht nur dem Virus ausgeliefert \(Norma Driever\)](#)
6. [Peruanische Wüstenstadt und schwäbisches Universitätsstädtchen: kann das gut gehen? \(Nani Mosquera Schwenninger\)](#)
7. [„Das Buch ist voll eingeschlagen“ \(Jan Doria\)](#)
8. [Clever und scharf \(Juan Acevedo\)](#)
9. [Zehn Umweltgeschichten, die das Jahr 2020 prägten \(Mongabay – Annette Brox\)](#)
10. [Schleppende Landtitulierung \(Theresa Nickles\)](#)
11. [Pluspetrol: Dreckige Energie aus dem Regenwald \(Heinz Schulze\)](#)
12. [PeruvianLivesMatter? \(Cesar Bazan Seminario\)](#)
13. [Kurz gemeldet Februar 2021](#)
14. [ISP-News](#)
15. [Schuldenreport 2021. Corona-Krise als Schuldentreiberin \(Jimi Merk\)](#)
16. [Veranstaltung: Peru-Seminar online 23./24. April 2021](#)

1. Editorial No 75

Liebe Leserin, lieber Leser,

am 7. Februar um 19.54 landete ein sehnsüchtig erwartetes Air France-Flugzeug in Lima. Es brachte die ersten 300 000 Dosen des chinesischen Impfstoffs, den Peru erworben hatte. Präsident Sagasti und Premierministerin Bermudez nahmen den Impfstoff am Flughafen persönlich in Empfang. Die Ankunft wurde live im Fernsehen übertragen. Nach Wochen, in denen das Corona-Virus immer heftiger zuschlug, war es ein erstes Hoffnungszeichen, dass nun auch in Peru mit der Impfung begonnen werden würde.

Doch die Freude war von kurzer Dauer. In den letzten Tagen wurde bekannt, dass fast 500 hohe Politiker*innen und Beamte samt Familien sich klammheimlich mit Extra-Impfstoff haben immunisieren lassen. Die Menschen sind empört, und das ohnehin fragile politische System noch anfälliger.

Corona wird auch 2021 das Leben in Peru bestimmen. Momentan ist nicht abzusehen, wann die Pandemie abflacht. Peru lebt weiterhin und in jeglicher Hinsicht im Krisenmodus. Deswegen wird Corona auch das Thema unseres Peru-Seminars sein, das wir am 23. und 24. April online durchführen werden. Merken Sie sich die Termine vor!

Wenn es etwas Positives an Covid zu berichten gibt, dann dass es neue kreative Projekte auf den Weg gebracht hat. Ein Beispiel ist ein Solidaritätsprojekt der Städtepartnerschaft Tübingens mit Villa El Salvador. Jan Doria stellt uns das solidarische peruanisch-schwäbische Kochbuch vor. Nani Mosquera Schwenninger erzählt uns, wie diese Städtepartnerschaft entstand und was sie bis heute bewirkt.

Dass solche Partnerschaften auch während Corona Bestand haben ist ein grosses Hoffnungszeichen.

Die neuen virtuellen Formate machen nun auch Besuche möglich, ohne sich aus dem Haus zu bewegen. Auch in Villa El Salvador. So bietet der Lugar de la Memoria in Lima – das Museum zur Erinnerung an den Bürgerkrieg – jeden Mittwoch virtuelle Rundgänge an. Am Mittwoch, den 17. Februar, um 17 Uhr peruanische Zeit – also um 23 Uhr mitteleuropäische Zeit – werden [Michel Azcueta und Diana Miloslavich](#) in das Leben von Maria Elena Moyano einführen. Die Sozialaktivistin aus Tübingens Partnerstadt Villa El Salvador wurde am 15. Februar vor 29 Jahren von einem Kommando des Leuchtenden Pfades ermordet.

Hildegard Willer

2. #Vacunagate und andere Versäumnisse

Die zweite Corona-Welle schlägt in Peru voll zu. Inzwischen sterben mehr Menschen an Covid als während der schlimmsten Tag der ersten Welle im Juli/August. Die neuen Virusarten seien aggressiver und mehr junge oder jüngere Menschen erleben einen schweren Verlauf.



Viele Patient*innen warten auf Intensivbetten, die viel zu knapp sind. Und wie während der ersten Welle ersticken auch heute viele Covid-Patient*innen, weil es nicht genügend medizinischen Sauerstoff gibt. Obwohl der Mangel seit langem absehbar war, hat es das Gesundheitsministerium nicht geschafft, dem Abhilfe zu schaffen. Es würden 110 Tonnen Sauerstoff täglich fehlen, sagte die inzwischen Ex-Gesundheitsministerin Pilar Mazzetti am 10. Februar. Die großen Sauerstofflieferanten Linde-Praxair und Airproducts können, wie vor einem halben Jahr, die Nachfrage nicht befriedigen. Den fehlenden Sauerstoff könnten genügend Sauerstoffanlagen liefern – doch gerade die hat das Gesundheitsministerium nicht rechtzeitig bestellt. Beziehungsweise einen Auftrag an die Nationale Ingenieursuniversität gegeben, die bis heute keine Anlage ausgeliefert hat, weil die nötigen Teile auf dem internationalen Markt schwer zu bekommen seien.

Dazu kommt unfähige Bürokratie auf allen Ebenen wie dieser [von Luisa Garcia Tellez dokumentierte Fall zeigt](#): das Krankenhaus Maria Auxiliadora im Süden Limas hatte das Angebot einer großen Zementfirma, dem Krankenhaus eine Sauerstoffanlage zu schenken, zurückgewiesen. Sie hätten nicht genügend Strom dafür, und die elektrischen Anlagen seien seit 1975 nicht gewartet worden. Neue Transformatoren zu installieren hätte höchstens 70 000 US-Dollar gekostet. Stattdessen ersticken heute die Menschen vor den Toren dieses Krankenhauses.

Endlich kommt die Impfung

In dieser von Angst, Tod und Trauer überlagerten Stimmung in Peru, war es ein großes Hoffnungszeichen, als Präsident Sagasti am 7. Februar höchstpersönlich am Flughafen Jorge Chavez die ersten 300 000 Impfdosen aus China in Empfang nahm. Peru hatte mit der chinesischen Firma Sinopharm einen Vertrag schließen können. Auch wegen der politischen Unruhen im November und dem darauf folgenden Regierungswechsel lag Peru im weltweiten Wettlauf um einen Impfstoff im Hintertreffen. Erst die neue Übergangsregierung konnte den Deal mit dem chinesischen Impfstoffhersteller Sinopharm festmachen. Dabei half, dass Sinopharm bereits im Oktober 2020 eine klinische Versuchsreihe seines Impfstoffs an 12 000 Freiwilligen in Peru durchgeführt hatte.

Der chinesische Impfstoff wird in Europa mit Skepsis betrachtet, weil die letzten klinischen Versuche noch nicht publiziert wurden. Andererseits hatte Peru keine große Wahl und der chinesische Impfstoff hat den großen Vorteil, dass die Kühlkette recht einfach ist.

Das peruanische Impfprotokoll sieht vor, dass zuerst das Gesundheitspersonal, dann Polizisten und Soldaten und die ehrenamtlichen Wahlhelfer*innen für die Präsidentschaftswahl am 11. April geimpft werden sollen.

Doch die Freude darüber, dass endlich mit der Impfung begonnen wurde – wenn auch mit wenigen Dosen – schlug sehr bald in Wut und Empörung um. Mitte Februar wurde bekannt, dass der damalige Präsident Martin Vizcarra und seine Frau klammheimlich bereits letztes Jahr die Impfung erhalten haben.

Sinopharm schickte im September letzten Jahres nicht nur die Impfdosen für die 12 000 Freiwilligen an den Versuchen, sondern auch 3000 Impfdosen „de cortesia“, eine Art Werbegeschenk – man kann es auch Bestechung nennen. Die Hälfte ging an die chinesische Botschaft in Lima, die andere Hälfte durften von den Empfängern nach Gutdünken verteilt werden. Inzwischen weiß man, dass fast 500 hohe Beamte, Gesundheitsfunktionäre, Botschafter, Minister*innen und Universitätsrektoren samt Familien sich mit diesen Extra-Impfdosen „de cortesia“ versorgen haben lassen. Sogar der Botschafter des Vatikans in Peru gehörte als „ethischer Berater“ der Impfkommision dazu.

Die Empörung ist besonders groß, weil noch längst nicht alle Krankenpfleger und Ärztinnen, die jeden Tag mit Covid-Patient*innen zu tun haben, geimpft sind.

In Ländern, in denen die Menschen mehr Vertrauen in ihre politische Klasse haben, wäre es vielleicht vermittelbar, dass politische Entscheidungsträger*innen Priorität haben bei der Impfung. In Peru dagegen sieht man vor allem, dass sich Politiker und hohe Beamte Privilegien erschlichen haben, die ihnen nicht zustehen. Dazu kommt, dass weder Vizcarra, noch die ebenfalls heimlich geimpften und inzwischen zurückgetretenen Ministerinnen Elisabeth Astete (Außenministerium) und Pilar Mazzetti (Gesundheitsministerin) je ein Wort über die Impfung verlauten ließen. Im

Gegenteil: Mazzetti hatte noch vor wenigen Tagen lauthals verkündet, sie sei die letzte, die sich impfen lasse.

Inzwischen ist die Liste der 487 Personen, die eine „vacuna de cortesia“ bekommen haben, öffentlich.



Der politische Schaden ist immens. Vor allem aber ist es tragisch, dass Peru aufgrund hausgemachter Fehler und Versäumnisse dem Corona-Virus noch mehr freie Bahn gibt. Vor allem arme Menschen werden daran sterben.

Hildegard Willer

3. Ein Blick auf die Präsidentschaftswahlen 2021

*Am 11. April wählen die Peruaner*innen einen neuen Präsident*in. Die Kandidat*innen stehen inzwischen fest.*

Im letzten InfoPeru erschien ein interessanter und gut informierter Beitrag von Andreas Baumgart über die Wahlen mit dem Titel „[Verhaltene Prognose für Wahlen 2021](#)“. Was ist seit Dezember auf

der peruanischen politischen Bühne in Bezug auf die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen weiter passiert? In diesen Beitrag werfe ich einen Blick auf die aktuelle Lage.

Wahlkampf 2021: Corona-Zeiten, neue Wahlgesetze und ein großes bürgerliches Desinteresse

Zu Beginn drei Aspekte zum Kontext, in dem der Wahlkampf 2021 stattfindet: die COVID-19-Pandemie, die leichten Wahlrechtsreformen und das Desinteresse der Bürger*innen an den Wahlen.

Wegen der Pandemie ist der aktuelle Wahlkampf selbstverständlich anders als 2016. Da die zweite Welle Peru zurzeit gewaltig betrifft, sind Bürgerrechte durch die Regierung eingeschränkt. Lockdown, Veranstaltungs- und Versammlungsverbot in Lima und anderen Gemeinden, Abstand zwischen Personen und weitere Maßnahmen um das Ansteckungsrisiko zu vermeiden, sind die aktuellen Bedingungen für den Wahlkampf.

Das bedeutet für erfahrene und neue Kandidat*innen eine große Herausforderung, weil persönlicher Kontakt ein Muss für die Wahlkampfstrategie ist. Mit dem guten Wahlergebnis der Partei FREPAP bei den letzten, zusätzlichen Parlamentswahlen 2020 wurde offensichtlich, wie wichtig der Wahlkampf auf öffentlichen Plätzen, z.B. Märkten ist. Diese politischen Verbreitungs Kanäle werden weder durch soziale Netzwerke noch durch die traditionellen Medien ersetzt. Dieses Format bedeutet jedoch auch ein Risiko. Tatsächlich meldeten sich Kandidat*innen wegen einer COVID-19-Infektion krank, unter ihnen ein Präsidentschaftskandidat.

Ein Reförmchen der Wahlordnung

Aber nicht nur wegen COVID-19 sind diese Wahlen anders, sondern auch weil in den letzten Jahren die Wahlordnung geändert wurde. Das war jedoch kein Wendung um 180 Grad, nicht die notwendige große Wahlrechtsreform für die peruanische Demokratie. Trotzdem wirken die Gesetzesänderungen in bestimmten Fällen wie ein Filter, so dass nicht gut organisierte Parteien nicht zugelassen wurden. Infolgedessen und wegen des unter COVID-19-Bedingungen noch bürokratischeren Verfahrens hatten viele Parteien Problemen ihre Listen anzumelden.

Das war zum Beispiel der Fall bei zwei traditionellen Parteien: Alianza Popular Revolucionaria Aprista (APRA) und Partido Popular Cristiano (PPC). Sie haben es nicht geschafft eine vollständige Kandidat*innenliste anzumelden. Später zog die APRA sogar ihre Präsidentschaftskandidatin zurück. Dass die APRA nicht mehr im Wahlkampf ist und die PPC geringe Chancen hat, die Fünf-Prozent-Hürde zu nehmen, ist das Ergebnis der Krise, in der sich beide Parteien befinden.



Null Bock auf Wahlen

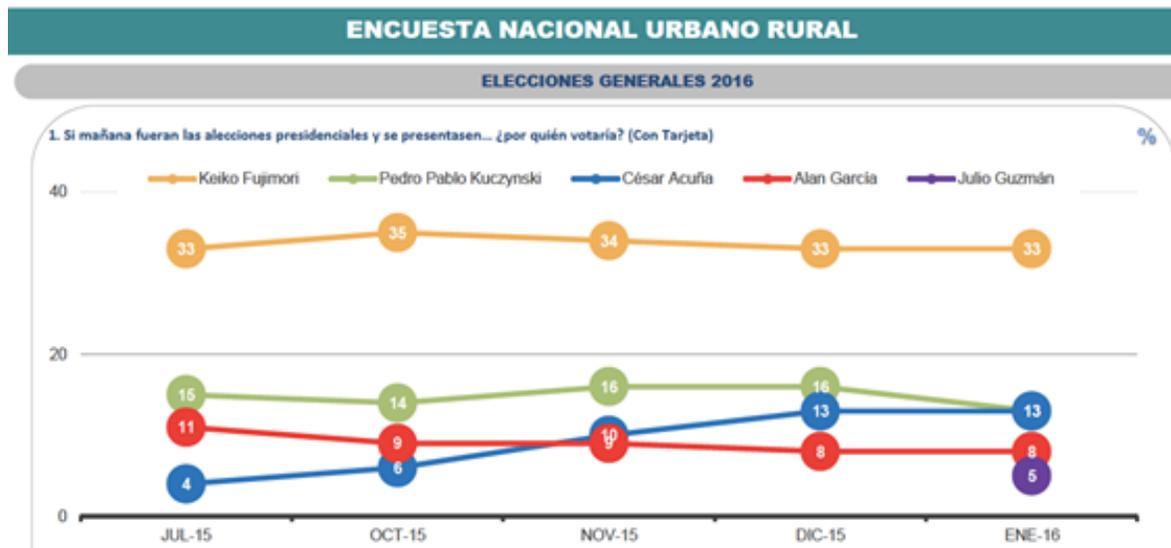
Der letzte Aspekt zum Kontext ist das Desinteresse der Bevölkerung an den Wahlen, aber auch allgemein an der peruanischen Demokratie. Das ist keine Überraschung. Seit Jahren berichtet der „Latinobarometro“ über die Zufriedenheit der peruanischen Bevölkerung mit der Demokratie. Nach dieser Quelle waren 2016 nur 16% der Bevölkerung mit der peruanischen Demokratie zufrieden. In 2018 sank die Zufriedenheit sogar noch tiefer, auf 11%.

Die Unzufriedenheit mit der Demokratie spiegelt sich natürlich im Interesse der Bevölkerung an den Wahlen wider. Nach einer Umfrage des Instituto de Estudios Peruanos hatten im Januar 42,5% der Bevölkerung noch keine Meinung, wen sie für das Präsident*innenamt wählen werden, und 24,8% meinten, sie würden für keine*n der Kandidat*innen stimmen (spontane Antwort).

In diesem Kontext fing im Dezember der Wahlkampf mit einer langen Liste von 23 Parteien mit ebenso vielen Präsidentschaftskandidat*innen an. Zurzeit sind noch 17 Parteien auf der Liste. Sie könnte aber in den nächsten Wochen noch kürzer werden.

Präsidentschaftswahl: Niemand liegt eindeutig in Führung

Vor fünf Jahren, im Präsidentenwahlkampf 2016, zeigten die Umfragen ein ganz anderes Bild als 2021. Damals lag die Kandidatin Keiko Fujimori mit 33% eindeutig in Führung. 20% hinter Fujimori lagen die zwei nächstbeliebtesten Kandidaten.

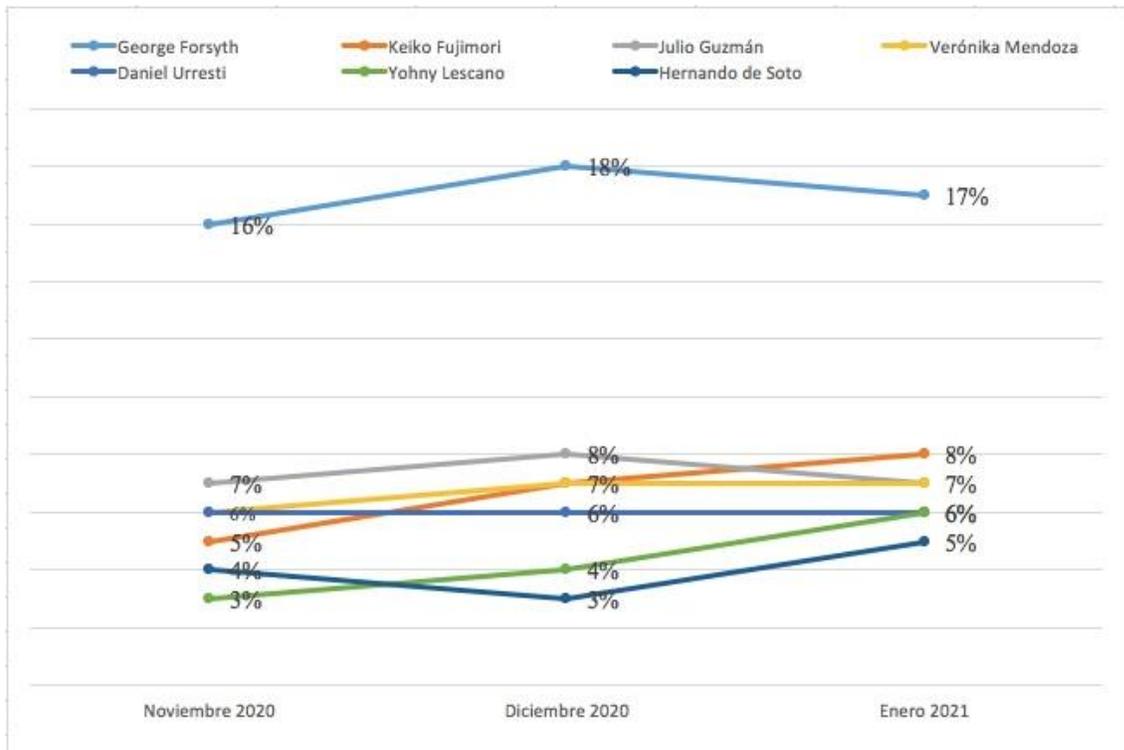


Präsidentschaftswahlkampf, Umfrage Januar 2016

Quelle: IPSOS, Jahr 16, Berichtsnummer 199

Im Januar 2021 ist das Bild ganz anders. George Forsyth (Victoria Nacional) liegt in Führung, aber nur mit 17%. Rund 11% hinter Forsyth liegen die restlichen Kandidat*innen: Keiko Fujimori (Fuerza Popular), Julio Guzmán (Partido Morado), Verónica Mendoza (Juntos por el Perú), Daniel Urresti (Podemos Perú), Yohny Lescano (Acción Popular) und Hernando de Soto (Avanza País).

Zusätzlich gibt es noch Kandidat*innen und Parteien, die zurzeit geringe Chancen haben, wie der ehemalige Präsident Ollanta Humala (Partido Nacionalista), der politische Chef der Fraktion Alianza Para el Progreso, César Acuña und Daniel Salaverry (Somos Perú), deren Nummer 1 auf der Kandidat*innenliste der ehemaligen Präsident Martin Vizcarra ist.



Präsidentenwahlkampf, Umfrage Januar 2021

Quelle: IPSOS Januar 2021. Graphik: César Bazán Seminario

Wer sich zu Wahl stellt

Ein Überblick über vier der Kandidat*innen: **George Forsyth** ist ein ehemaliger Fußballspieler und ehemaliger Bürgermeister von La Victoria, einem Stadtteil von Lima. Ohne große Erfahrung und ohne feste Partei kandidiert er zum ersten Mal.

Keiko Fujimori ist in der politischen Arena bekannt. Sie ist die Tochter des früheren Diktators Alberto Fujimori und gewann fast die Präsidentschaftswahlen 2011 und 2016. Während des letzten Regierungszeitraums hatte die Fujimori-Fraktion einen großen Teil der Verantwortung für die politische Krise in Peru. 2019 und 2020 war Keiko Fujimori in Untersuchungshaft. Diesmal hat sie weniger Chancen als früher.

Julio Guzmán (Partei Morado) kandidiert zum zweiten Mal. 2016 hatte er gute Chancen, schied aber wegen eines bürokratischen Fehlers aus. 2020 spielte seine Fraktion eine wichtige Rolle gegen den Putsch, und ein Mitglied seiner Partei, Francisco Sagasti, wurde als Präsident berufen. Die Fehler der aktuellen Morado-Regierung und die Kritik ihrer Gegner*innen wirken sich auf die Beliebtheit von Julio Guzmán aus.

Verónica Mendoza ist die einzige linksorientierte Kandidatin von dieser Gruppe. Sie war 2016 die Kandidatin der Frente Amplio und erhielt viele Stimmen. Da ihre politische Gruppierung keine eigene Partei ist, kandidiert sie für die Partei Juntos por el Perú. Deren Kandidat für die Vizepräsidentschaft ist der bekannte Umweltschützer und Bergbaukritiker José de Echave.

Noch drei Überlegungen: Bedeutung der Indigenen, fehlende Klarheit im Parlamentswahlkampf, Kandidat*innen für Peruaner*innen in Ausland

Ein großer Unterschied zwischen Peru und den Nachbarländern Ecuador und Bolivien ist die Kraft und Bedeutung der Indigenen. Man konnte dies aktuell in Ecuador sehen, wo der indigene Kandidat Yaku Perez bei der Wahl am 7. Februar eine hohe Anzahl der Stimmen bekam. Das ist in Peru ganz anders. Obwohl nach einer Umfrage der Statistikbehörde INEI 25% der Bevölkerung sich selbst Quechua oder Aymara betrachten, spielt der indigene Faktor keine relevante Rolle.

In Bezug auf das Parlament ist das Panorama völlig unklar. Das Desinteresse an den Wahlen betrifft den Parlamentswahlkampf noch stärker. Keine Partei hat eine große Mehrheit. Laut Ipsos-Umfrage vom Januar 2021 erhält Acción Popular 9%, Partido Morado 8%, Fuerza Popular 7%, Juntos por el Perú 5%, Alianza para el Progreso 5%, Somos Peru 5%, Frepap 4% und Victoria Nacional 4%.

Die Stimmenanteile sind nicht hoch und es gibt ein großes Risiko, dass viele Parteien die Fünf-Prozent-Hürde nicht nehmen. Das würde bedeuten, dass die Parlamentssitze unter Parteien aufgeteilt werden, die alle nur wenige Stimmen bekommen haben. Das wird natürlich der Legitimität des Parlaments schaden.

Etwa eine Million Peruaner*innen im Ausland sind wahlberechtigt. Im Unterschied zu anderen Wahlen haben sie diesmal die Chance als „Wahlbezirk 27“ zwei Abgeordnete direkt zu wählen. Das ist eine große Herausforderung. Seit Jahren üben wir Kritik an der Lage in unserem Heimatland und erleben die Frustration, weit weg zu sein und nicht viel gegen die Korruption und Ungleichheit dort tun zu können. Am 11. April 2021 haben wir die Chance, unsere Stimme beizutragen.

Da dieser Beitrag am 11.02.21 geschrieben wurde, hier noch der aktuelle Stand vom 16.02.21:

Erstens: laut der am 14.02 verbreiteten IPSOS-Umfrage hat Yohny Lescano (Acción Popular) Stimmen gewonnen und ist damit auf den zweiten Platz (10%) vorgerückt. Zweitens: der Wahlkampf läuft schlecht für George Forsyth (Victoria Nacional). Laut IPSOS-Umfrage hat er Stimmen verloren, bleibt aber noch an erster Stelle (11%). Inzwischen hat der Spezielle Wahlrat beschlossen, Forsyths Kandidatur abzulehnen. Forsyth hat angekündigt, in Berufung zu gehen.

César Bazán Seminario

4. Der Aufstand der Landarbeiter*innen

*Das neue Agrargesetz ändert wenig an der prekären Situation der Landarbeiter*innen im Agrarexportsektor.*

Im Dezember 2020 demonstrierten die Arbeiter*innen in der Exportlandwirtschaft, die sich an der peruanischen Küste konzentriert, vor allem in Ica, La Libertad und Piura. Die Demonstrant*innen forderten vor allem bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung sowie die Abschaffung von Subunternehmen. Der Agrarexportsektor erlebte in den letzten zwei Jahrzehnten dank Steuerprivilegien und Subventionen für die Sozialversicherungsbeiträge einen regelrechten Boom und erzielte riesige Gewinne.

Der Ursprung der ungerechten Arbeitsverhältnisse liegt im – fälschlicherweise so genannten – “Gesetz zur Förderung des Agrarsektors”, das der damalige Landwirtschaftsminister José Chlimper Ackerman kurz vor dem Sturz des Fujimori-Regimes am 30. Oktober 2000 verkündete. Chlimper war ein Großunternehmer im Agrarexport und übernahm später das Generalsekretariat der Fujimori-Partei. In einer offensichtlichen Interessenskollision nutzte Chlimper seine Macht, um ein Gesetz zu schaffen, das seinen eigenen Namen trug („Chlimper-Gesetz“), die großen Agrarexporteure an der Küste begünstigte und die Rechte der Arbeiter*innen in der Agrarindustrie stark einschränkte. Dieses Gesetz ist dank der Unterstützung durch die nachfolgenden Regierungen bis heute in Kraft. 2006 verlängerte die Regierung Toledo seine Gültigkeit bis Ende 2021. Und die Regierung Vizcarra verlängerte es um weitere zehn Jahre bis Dezember 2031.



Spargekstecher in Ica, 2009 Foto: Hildegard Willer

Neues Gesetz unter alten Vorzeichen

Die Demonstrationen der Landarbeiter*innen führten zu Straßenblockaden, großen wirtschaftlichen Verlusten, auch zu Unmut bei der Bevölkerung aufgrund der Blockade der viel befahrenen Küstenstraße, und sogar zum Tod von Menschen, die für ihre Rechte demonstrierten.

Die Proteste haben nach wochenlangen Verhandlungen und langem Zögern der Regierung Sagasti zur Rücknahme des Gesetzes und zur Verabschiedung eines neuen Gesetzes geführt. Dieses neue Gesetz erfüllt allerdings die Erwartungen der Arbeiter*innen nicht. Es setzt im Wesentlichen den Geist und Inhalt des vorherigen Gesetzes fort. Die Vergünstigungen für die Unternehmen bleiben bestehen, während die Landarbeiter*innen kaum Verbesserungen erreicht haben.

Zur Einordnung der Proteste verweist das Nachrichtenportal Ojo Público auf Informationen des Arbeitsministeriums: In Peru sind 4699 Unternehmen im Agrarexport tätig (28% im Norden, 20% im Süden und 36% in Lima). In Ica gibt es 353 agroexportierende Unternehmen (7,5% aller Unternehmen im Land). Schätzungsweise 80.000 Menschen arbeiten in diesem Sektor. 122 Agrarexporteure beschäftigen 85 Prozent aller Arbeitskräfte in der Landwirtschaft und genießen die größten Steuervorteile. <https://ojo-publico.com/2311/agroexportacion-exoneracion-de-impuestos-llego-los-s3-mil-millones>

Im Folgenden einige Einschätzungen und Überlegungen zum Streik und zu den Demonstrationen der Landarbeiter*innen an der Küste:

1. Die berechtigten Forderungen der Arbeiter*innen

Was die Menschen, die auf den Feldern an der Küste arbeiten, fordern, sind grundlegende Rechte: eine Erhöhung der Löhne, die oft unter dem Mindestlohn liegen; eine Reduzierung der langen Arbeitszeiten (zum Teil mehr als zwölf Stunden in der prallen Wüstensonne); Zugang zu Gesundheitsdiensten; Versicherungsleistungen im Falle von Krankheit oder Tod; das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren und das Recht, Beschwerden einzureichen. Das ist nicht viel verlangt in einem so prosperierenden Wirtschaftssektor.

2. Die miserablen Lebensbedingungen der Landarbeiter*innen

Die ungerechte Arbeitssituation wirkt sich auch auf die Lebensbedingungen aus. Die Mehrheit der Arbeiter*innen im Süden kommt aus Ayacucho und Huancavelica. Ihr mageres Einkommen reicht kaum aus, um die elementarsten Lebensbedürfnisse zu befriedigen, geschweige denn, um eine menschenwürdige und sichere Unterkunft zu finden. So haben sich zahlreiche neue Armenviertel gebildet, in denen die Arbeiter*innen nur die wenigen Stunden nachts verbringen, die ihnen nach den langen Arbeitstagen bleiben. Zusätzlich zu den niedrigen Löhnen sind also auch die Lebensbedingungen der Arbeiter*innen und ihrer Familien miserabel.

3. Das eklatante Missverhältnis zwischen den Gewinnen der Unternehmer und den prekären Löhnen der Arbeiter*innen

Den prekären Arbeits- und Lebensbedingungen der Landarbeiter stehen die riesigen Gewinnen der agroindustriellen Unternehmen gegenüber. Sie profitieren von hohen Preisen, guten Vermarktungsmöglichkeiten und den Subventionen, die ihnen alle Regierungen der letzten 20 Jahre gewährt haben. Die Unternehmen zeigen nicht die geringste Bereitschaft, einen Teil ihrer riesigen Gewinne, die sie erhalten, abzugeben und umzuverteilen.

4. Die Begünstigung der Agrarunternehmen durch die Regierungen

Die Politik sämtlicher Regierungen der letzten Zeit zielt darauf ab, die Großunternehmen als Garanten für Devisen, Arbeitsplätze und Steuereinnahmen zu bevorzugen: mit Steuerrückerstattungen, Investitionen in Bewässerungssysteme und dem Tolerieren von Verstößen gegen die geltenden Arbeitsnormen. Auch, dass sie ihren Wasserverbrauch nicht bezahlen, wird hingenommen. Dies hat schon zu akutem Wassermangel geführt, der auch die Unternehmen selbst und sogar benachbarte Einzugsgebiete betrifft. Die staatliche Politik wird in den Dienst der Interessen des Großkapitals gestellt.

5. Die moderne Reproduktion der Konzentration von Landbesitz

Die Agrarindustrie sucht Märkte im Ausland und zielt nicht auf den Konsum im Inland ab. Die Konzentration und die Monopolisierung von landwirtschaftlichen Flächen und Wasser erleichtern die Profitmaximierung. Die Exportländereien der früheren Großgrundbesitzer sind praktisch identisch mit dem Grundbesitz der heutigen Unternehmen, der noch größer ist als die Flächen der Großgrundbesitzer vor der Agrarreform. Die Machtstrukturen und guten Verhandlungspositionen sind fast gleich geblieben.

6. Die Unausgewogenheit der staatlichen Agrarpolitik, die auf Agrarexport statt auf die Förderung und den Schutz der bäuerlichen Familienbetriebe setzt

Während der großen Agrarindustrie Vorteile gewährt werden, wird die familiäre Landwirtschaft in den ländlichen Gemeinden vernachlässigt. Schon vor den Streiks der Landarbeiter*innen haben Tausende von Männern und Frauen aus diesen Gemeinden demonstriert, die in erheblichem Maß zur Grundversorgung der Bevölkerung beitragen. Dafür bekommen sie fast keine staatliche Unterstützung, etwa in Form von Beratung, Krediten, Preisgarantien, Bewässerungsanlagen u.a.. Die Regierenden setzen auf Exportgewinne statt auf Ernährungssicherheit.

7. Fehlende Maßnahmen zur Bekämpfung der Folgen des Klimawandels

Die negativen Folgen des Klimawandels sind offensichtlich: die Verteilung der Niederschläge verändert sich, was den landwirtschaftlichen Kalender in den Anden beeinflusst; die Wasserressourcen werden weniger; neue Schädlinge und Krankheiten treten auf. Dennoch

scheinen sich Unternehmen und Regierungen nur für die Steigerung der Gewinne aus dem Agrarexport zu interessieren. Wassermangel, Rückgang der Bodenproduktivität und ökologische Auswirkungen von Anbaukulturen, die für die Ökosysteme in der Wüste ungeeignet sind (z. B. Spargel mit hohem Wasserbedarf), werden ignoriert.

8. Beschränkung der Proteste auf das Ökonomische

Auch wenn es verständlich und nachvollziehbar ist, muss man doch kritisch darauf hinweisen, dass die Forderungen der Demonstrierenden sich auf die ökonomische Situation beschränken. Ihre prekären Lebens- und Arbeitsbedingungen führen dazu, dass sie allein auf bessere Arbeitsbedingungen dringen, auch wenn es wichtige andere Themen gibt, wie z. B. eine soziale Wasserwirtschaft und die Verbesserung der Bodenqualität.

9. Fehlende soziale und ökologische Verantwortung

Man kann sagen, dass die Agrarexportunternehmen sich wenig oder gar nicht um die Realität und die Situation in den Gebieten kümmern, in denen sie produzieren. Ihre Tätigkeit ist praktisch extraktivistisch, genau wie Bergbau oder Erdölgewinnung. Das ausschließliche Gewinninteresse macht die Manager taub gegenüber den Problemen dieser Gebiete, in denen sie nicht leben – außer um ihre Geschäfte zu besuchen und zu beaufsichtigen – und in denen es an grundlegenden Dienstleistungen, städtischer Infrastruktur und Zukunftschancen für ihre Bewohner*innen, hauptsächlich junge Menschen, mangelt. Dies erklärt, warum in den Gebieten mit dem größten wirtschaftlichen Aufschwung die größte Ungleichheit herrscht.

Fest steht, dass die Proteste an der peruanischen Küste Ende 2020 die strukturellen Schwächen des gewinnorientierten und ungerechten Modells der Landkonzentration aufgedeckt haben. Die intensiven Werbekampagnen der Unternehmern versuchen zu vermitteln, dass nur private Investitionen das Land retten werden, indem sie die Proteste der Arbeiter*innen mit Chaos in Verbindung bringen und die berechtigten Anliegen der sozialen Kämpfe für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen verdrehen.

Carlos Herz

Übersetzung und Bearbeitung: Annette Brox

5. Frauen und Corona: Nicht nur dem Virus ausgeliefert

131 Frauen ermordet, 5500 Frauen spurlos verschwunden. Dies ist die andere Bilanz der Corona-Quarantäne in Peru.

Vor fünf Jahren verabschiedete Peru das Gesetz zur Prävention, Bestrafung und Beseitigung von Gewalt gegen Frauen und Familienmitglieder. Ein Jahr später, 2016 trat ein [Nationaler Aktionsplan](#) in Kraft. Wirkung hat er bisher wenig gezeigt.

Der Machismus ist so sehr in dem Land verankert, daß die Mehrheit der Männer ihre Partnerinnen als ihr Eigentum betrachten, d.h. sie ohne Skrupel misshandeln, vergewaltigen und gar töten.

Die Täter werden in der Mehrheit der Fälle nicht angezeigt und ihre Taten bleiben ohne strafrechtliche Konsequenzen. Besonders in den Urwaldregionen des Amazonas und in den Anden, wo die Justiz kaum präsent ist, werden Analphabetinnen, Indigene, andine Frauen und Mädchen Opfer von männlicher Gewalt.

Strukturelle Ungleichheit und machistische Justiz

Die peruanische Journalistin Lorena Alvarez hat über die Gewalterfahrung durch ihren Ex-Partner zwei Bücher [„Primero muerta“](#) und „No te mato porque te quiero“ geschrieben. Sie behauptet im Herbst 2020 in einem Interview mit dem TV-Sender der Deutschen Welle: „Straflosigkeit ist wie ein Krebsgeschwür, das einen auffrisst und tötet. Wir müssen uns schon vorher auf die körperlichen und psychischen Angriffe konzentrieren. Wenn wir erst reagieren, wenn die Frauen schon tot sind, es viel zu spät.“

Im Jahr 2020 führte [weniger als 1% aller Strafanzeigen zur Verurteilung der Täter](#).

Häusliche Gewalt kann als Konsequenz der strukturellen Ungleichheiten zwischen Mann und Frau verstanden werden. Diese wurzeln in patriarchalen Traditionen, die auch in heutigen – modernen – Gesellschaften noch immer wirken. Darin enthalten sind Männer- und Frauenbilder, die Männlichkeit als Macht, Stärke, Dominanz definieren und Weiblichkeit mit Duldsamkeit, Passivität, Unterlegenheit verbinden.

In einer patriarchalischen und konservativen Gesellschaft wie Peru ist die Gewalt strukturell und institutionell: Die institutionelle Gewalt ist die Gewalt, die von staatlichen Akteuren wie Polizeibeamten, Gerichtsmedizinern, Staatsanwälten und Richtern über das Justizsystem ausgeübt wird. Gerichte verfolgen die Anklagen der Betroffenen nicht oder sehr schleppend. Oder sie haben am Ende keinen Erfolg, da die Angeklagten aus Mangel an Beweisen freigesprochen und die Opfer vor Gericht oftmals als Lügnerinnen dargestellt werden. Es kommt zu einer

doppelten Stigmatisierung der Betroffenen, die unter der häuslichen und/oder sexualisierten Gewalt extrem leiden.

Die Kongressabgeordnete und Rechtsanwältin Arlette Contreras, selbst Betroffene und von ihren Ex-Partner brutal geschlagen, macht sich im Parlament stark, um die Problematik der Gewalt an Frauen zur thematisieren und in die Öffentlichkeit zu bringen. Am 25. November 2020 äußerte sie in einem Interview mit der [Zeitschrift Caretas](#): "Es kann nicht sein, dass wir weiterhin sexistische Richter sehen, die Angreifer völlig ungestraft lassen. Ich hoffe, dass die Justiz den betroffenen Frauen den Zugang zum Recht zukünftig garantiert."



Die „Ni una Menos“ – „Nicht eine Frau darf fehlen“ – Demo am 13. August 2016 in Lima war eine der grössten Demos, die es in Peru je gegeben hat. Foto: Norma Driever

Eingesperrt mit Deinem Vergewaltiger

Auch in Peru ist die Gewalt an Frauen in der Corona-Krise deutlich gestiegen. Nach Angaben von Dante Carhuavilca, Chef des National Instituts für Statistik und Informatik, waren zwei Drittel der Frauen in Peru über 18 Jahre Opfer von Gewalt.

Die Zentren für Frauen in Not (**Centros de Emergencia Mujer – CEM**) betreuten im [2020 114.495 Fälle von Gewalt](#). [Davon bekamen 55.995 Anzeigen](#) von psychischer Gewalt (Beleidigungen, Lächerlich-Machen und Anschreien in der Öffentlichkeit, Einschüchterungen, Demütigungen, Drohungen), eine der höchsten Zahlen in den letzten vier Jahren, und 44.125 Anzeigen von physischer Gewalt (Ohrfeigen, Faustschläge, Stöße, Tritte, Würgen, Fesseln, Angriffe mit Gegenständen oder Waffen und Mord). Davon waren 11.202 Frauen zwischen 26 und 35 Jahren

betroffen. Nach der strengen Quarantäne von Oktober bis Dezember 2020 wurden mehr als 6.000 Angriffe gegen Frauen verzeichnet.

Vergewaltigungen finden, entgegen der öffentlichen Wahrnehmung, zu Hause, im Freundeskreis oder am Arbeitsplatz statt. Die Zentren für Frauen in Not (CEM) haben in 2020 13.843 Fälle von sexualisierter Gewalt aufgenommen. Davon waren 1.706 Anzeigen von Betroffenen aus der Hauptstadt Lima, 446 Anzeigen aus Arequipa und 420 Anzeigen aus La Libertad.

Mädchen haben wie junge Frauen am meisten unter dem Ausnahmezustand gelitten und nach Angaben vom CEM waren [6007 Mädchen zwischen 12 und 17 Jahren und 2.862 Mädchen zwischen sechs und elf Jahren](#) Opfer einer Vergewaltigung.

Tatsächlich dürften die Zahlen noch höher sein. Denn viele staatliche Frauenzentren (CEM) waren während der Quarantäne geschlossen und konnten keine Fälle annehmen

.Ausgangssperren und Einschränkungen der Bewegungsfreiheit konnten zwar die Übertragung von COVID-19 eindämmen, doch in vielen Fällen wurden dadurch Opfer zwischenmenschlicher Gewalt zusammen mit ihren Peinigern in ihren Wohnungen eingesperrt. Die Ausgangsbeschränkung und der Ausfall des Schulunterrichts führten innerhalb der Familien zu enormen Stress- und Konfliktsituationen besonders in der Zeit der Quarantäne.

Viele berufstätige Frauen haben im Homeoffice weitergearbeitet, waren aber mit dem Haushalt, mit der Unterstützung ihrer Kinder beim digitalen Unterricht und ganz allgemein mit der Kinderbetreuung überlastet. In den ländlichen Gebieten, wo es keine Internetverbindung und damit auch kein Homeschooling möglich war, haben die Kinder häufig das Lernen zuhause komplett eingestellt, um ihre Eltern bei der Arbeit zu unterstützen.

„Finanzielle“ Gewalt gegen Frauen

Die traditionelle Geschlechterrolle und die kulturellen Muster, nach denen die Frauen für die Küche, für den Haushalt und für die Erziehung der Kinder zuständig sind und die Männer als Ernährer der Familie fungieren, ist durch die Pandemie gestärkt worden und wurde als „normale“ Pflicht der Frauen angesehen. Auch Frauen, die ihre Arbeit verloren haben, waren wieder angewiesen auf das Einkommen des Mannes bis auch ihre Partner arbeitslos wurden.

Die wirtschaftliche Abhängigkeit, der Verlust der Familieneinkommen und die täglichen Konflikte haben viele Frauen in eine psychische Instabilität, Isolation und Perspektivlosigkeit gebracht.

Eine unsichtbare Gewaltform gegen Frauen ist auch die wirtschaftliche Abhängigkeit, die sogenannte „finanzielle Gewalt“. Das **Zentrum für Frauen in Not** (CEM) bekam 532 Anzeigen

dieser Art von älteren Frauen über 60 Jahre im Jahr 2020, die häufig nicht über ein eigenes Einkommen oder Rente verfügen.

In Beziehungen, wo es schon vor der Pandemie gelegentlich Gewalt gab, ist die Gewalt jetzt regelmäßiger und sogar in manchen Fällen brutaler geworden. Frauen in einem traumatisierten Zustand schaffen es nicht rechtzeitig Hilfe zu holen oder trauen sich nicht zur Polizei zu gehen und ihre Peiniger anzuzeigen. Andere Frauen, die von ihrem Partner bedroht werden und in einer vom Partner kontrollierten Beziehung leben, haben sehr wenige Möglichkeiten ungehindert eine Telefonberatung anzurufen oder mit ihren Verwandten oder Freundinnen in Kontakt zu treten.

Frauennotruf 100

Die Frauennotruf-Nummer 100 wurde erst im April 2006 vom Ministerium für Frauen und soziale Entwicklung (MINDES) eingerichtet. In ganz Peru und vor allem in der Hauptstadt Lima sind die Telefon- und Chat-Hilferufe unter dieser Nummer von Betroffenen von häuslicher und sexualisierter Gewalt enorm angewachsen. Im Jahr 2020 wurden 235.791 Telefonhilferufe [und 492 Chat-Hilferufe aufgenommen](#).

Die Notfallteams (**Equipos Itinerantes de Urgencia EIU**) [registrierten 19.031 betreuten Fälle](#).

Die Notfallteams wurden vom Ministerium für Frauen und vulnerable Bevölkerungsgruppen (MIMP) organisiert, da die persönliche Betreuung von den Zentren für Frauen in Not (CEM nach Gesetz N.º 30364 vom MIMP gegründet) ausgesetzt wurde. Die Notfallteams haben eine begrenzte Reichweite gehabt, wenn man vergleicht, dass die CEM im Februar 2020 allein 17.181 Fälle von häuslicher Gewalt betreuten und **die** Notfallteams im Juli 2020 nur 5.608 Fällen aufnahmen.

Spurlos verschwunden

Trennungen und Scheidungsfälle sind auch aufgrund dieser Gewalt weiter angestiegen.

Einige Frauen sind spurlos verschwunden, die Vermisstenanzeigen werden von der Polizei selten aufgenommen und die Betroffenen werden einfach nicht gesucht. Die staatliche Ombudsstelle Defensoría del Pueblo berichtet von mehr [als 5.500 Anzeigen im Jahr 2020](#). Davon waren 3.835 Anzeigen von verschwundenen Minderjährigen. (<https://rpp.pe/peru/actualidad/defensoria-del-pueblo-mas-de-5-500-mujeres-fueron-reportadas-como-desaparecidas-en-2020-noticia-1315850>). Wo sind die verschwundenen Frauen und Mädchen, die bis jetzt nicht aufgetaucht sind? Wie viele der verschwundenen Frauen und Mädchen wurden umgebracht, verkauft oder zur Prostitution gezwungen? Ihre Verwandten haben die Suche in die eigene Hand genommen oder suchen weiter über Dritte. Manche suchen seit vielen Jahren, in der Hoffnung eines Tages ihre Tochter oder Schwester zu finden.

Eine Gruppenvergewaltigung hat im Oktober 2020 ganz Peru schockiert: Im Bezirk Surco in Lima wurde eine 21jährige Frau von fünf jugendlichen alkoholisierten Tätern vergewaltigt. Die Staatsanwaltschaft beantragte für die Täter eine Freiheitsstrafe von nur 9 Monaten. [Weitere Fälle von Gruppenvergewaltigungen](#) aus den Regionen Ica-La Tinguiña, Ayacucho-Vilcashuaman und Cusco-Poroy wurden bei der Polizei gemeldet. In allen Fällen kannten die Täter die Betroffenen. Der Justizapparat blieb häufig untätig oder ermittelte nur widerwillig.

Ermordete Frauen

Das grausamste Gesicht der Gewalt gegen Frauen ist der Femizid. Die Gewalt fängt an bei psychischem Druck und reicht von emotionaler Erpressung über körperliche und sexualisierte Gewalt bis hin zu Frauenmorden. Nach [Angabe des Aurora Nationalprogramms des Ministeriums für Frauen \(MIMP\)](#) – fanden im Jahr 2020 in Peru 131 Frauenmorde und 330 versuchte Frauenmorde statt. 15% der 131 ermordeten Frauen waren Mädchen unter 18 Jahren, 82% junge und erwachsene Frauen und 3% ältere Frauen über 60 Jahre.

Drei Viertel der Opfer wurden von ihren Partnern ermordet und ein Viertel von ihren Ex-Partnern. Nach Oscar Chumpitaz: „[Ein Drittel der Frauen haben vor dem Mord eine Anzeige](#) bei der Polizei gegen ihren Partner gestellt und nur 7% der Frauen hatten eine gerichtliche Bescheinigung, die sie geschützt hätte.“

[53% der Täter, die ihre Frauen ermordeten](#), waren zwischen 30 und 59 Jahren und 33% zwischen 18 und 29 Jahren alt. Mehr als die Hälfte der Täter war beim Mord ihrer eigenen Partnerinnen voll zurechnungsfähig. Ein Viertel der Täter war zum Zeitpunkt der Tat alkoholisiert oder standen unter Drogen.

Nach Angabe der Ombudsstelle Defensoría del Pueblo hinterließ der brutale Machismus [151 Halbwaise Kinder und Jugendliche im Jahr 2020](#). Sie blieben unter der Obhut ihrer Verwandten, die von der Regierung Unterstützung für weitere Bildung der betreuten Kinder benötigen, vor allem für die psychologische Behandlung.

Feministische Organisationen wie Flora Tristan, Manuela Ramos, PROMSEX, DEMUS und Basis-Frauenorganisationen sind seit Jahrzehnten engagiert und bleiben stark in der Bekämpfung jedweder Form der Gewalt gegen Frauen in Peru. Die Frauenbewegung kämpft unermüdlich und hart nach dem Motto „Nicht eine weniger“.

Dr. Norma Driever



Lita Ruiz, Nani Mosquera Schwenninger und Rita Ubillus (v.l.n.r.) vor dem Wandgemälde im Kommunikationszentrum
2017 Foto: Joni Rodriguez

6. Peruanische Wüstenstadt und schwäbisches Universitätsstädtchen: kann das gut gehen?

Und ob! Langjährige Solidaritätsarbeit mündete vor 13 Jahren in eine offizielle Städtepartnerschaft zwischen Villa El Salvador im Süden Limas und Tübingen. Nani Mosquera Schwenninger war von Anfang an dabei.

Die Geschichte der Partnerschaft von Villa El Salvador (VES) und Tübingen ist die Geschichte einer Freundschaft. Und man/frau weiß, die wahren Freundschaften werden durch das Zusammenhalten in schwierigen wie in guten Zeiten geschmiedet.

Diese Freundschaft begann mit einer Begegnung in Villa El Salvador. Mein 2010 verstorbener Compañero Walter Schwenninger war mit anderen Theologen dort, im Juli 1982. Walter war sehr beeindruckt von den Menschen in Villa El Salvador, von ihrer Selbstorganisation, Solidarität und Selbstverwaltung. Diese Stadt war sehr jung. Erst 11 Jahre alt. In diesem Jahr 2021 wird sie 50 Jahre alt.

Die Feierlichkeiten, und der Rückblick und der Blick in die Zukunft werden anders sein in diesen unsicheren Zeiten.

Die Migration vom Land in die Stadt begann in den 1940er Jahren. Bis dahin lebten in Peru mehr Menschen auf dem Land als in der Stadt. Die Bäuer*innen lebten ein sehr armes Leben. In der Stadt hoffen sie auf Fortschritt, dass ihre Kinder ein besseres Leben haben würden als sie selbst.

Die meisten von ihnen gingen in die Stadt, um Arbeit zu suchen. Auch der Wunsch nach Bildung für ihre Kinder und der Zugang zu medizinischer Versorgung waren ausschlaggebend für ihre Entscheidung. Die ländlichen Regionen wurden vom Staat damals weitgehend im Stich gelassen, wie es auch heute noch der Fall ist. Die Pandemie hat uns diese Not, die Verletzlichkeit und Verlassenheit der Armen, in den Anden wie auch im Amazonasgebiet, einmal wieder gezeigt. In den Städten, besonders in Lima, war die Lage zu Beginn der Corona-Quarantäne so schlimm, dass Tausende Menschen versuchten zu Fuß in ihren Heimatort zu gelangen.

Der Beginn einer langen Freundschaft

Wir waren eine Solidaritätsgruppe, der Peru Arbeitskreis (AK) im Weltladen, und haben das Thema Peru und Villa El Salvador in die Tübinger Öffentlichkeit eingebracht. Präsent zu sein war uns ganz wichtig. Die Menschen in Tübingen wussten, dass z.B. am 1. Mai und am Weihnachtsmarkt der Peru AK immer einen Stand hatte, oft mit unserer Foto- und Plakat-Ausstellung über Lebensrealitäten und politisch-soziale Themen in VES. Über die Jahre hinweg haben wir 14mal die Peru-Tage veranstaltet. Die letzten Peru-Tage hatte das Schwerpunktthema „Wasser – ein Menschenrecht“. Wir haben außerdem zehn entwicklungspolitische Studienreisen nach Peru und VES durchgeführt. Und wir waren vernetzt mit anderen Solidaritätsgruppen in ganz Deutschland. Wir waren bei der Gründung der Informationsstelle Peru e.V. dabei. Ich selber war viele Jahre im Vorstand der ISP.



Stand des Peru-AK 1994 in Tübingen. Foto: Walter Schwenninger

Wir haben am Beispiel von VES viele der Probleme, die Peru betreffen, dargestellt. Dabei haben wir uns immer gefragt „Was hat es mit uns zu tun?“. Wir wollten auf lokaler Ebene die globalen Zusammenhänge aufzeigen. Wie agieren die deutschen Unternehmen in Ländern des Südens? Welche sind die sozialen und ökologischen Standards in beiden Ländern? Wer gewinnt und wer verliert in diesen Zusammenhängen? Unser erster Besuch aus VES in Tübingen war der zum ersten Mal gewählte Bürgermeister von VES, Michel Azcueta im Jahre 1984, von den Grünen im Bundestag eingeladen. Seitdem war die Idee einer Partnerschaft mit dieser peruanischen Stadt im Süden von Lima unter dem Motto „Voneinander lernen“ im Gespräch. Folgende Schwerpunkthemen haben wir bei unserer Solidaritätsarbeit gehabt, und alle haben sich in VES widerspiegelt.

Menschenrechte mit Füßen getreten

In den 1980er und 90er Jahren hat Peru sehr gelitten. 1980 hat der Leuchtende Pfad (Sendero Luminoso), eine terroristische Organisation, seinen bewaffneten Kampf angefangen, und die Antwort der peruanischen Staatsgewalt war brutal. Die Campesinas und Campesinos gelangten zwischen beide Fronten. Fast 70.000 Menschen sind Opfer dieser Gewalt geworden. 75% waren Campesinas und Campesinos, die Quechua, Aimara oder amazonische Sprachen sprechen. Die Migration von Flüchtlingen in die Städte, hauptsächlich nach Lima, war enorm. Auch nach VES sind viele Flüchtlinge gekommen. 1985 besuchte eine Internationale Menschenrechtskommission Peru. Mein Compañero Walter Schwenninger war Mitglied. Er hat selber erlebt und dokumentiert, dass Militärs in Ayacucho Waffen von Heckler und Koch aus Deutschland benutzten. Daraufhin hat er mit Unterstützung der Peru-Gruppen den Stopp der Waffenexporte im Bundestag gefordert. In VES war die Lage schrecklich, mit den Razzien der Militärs und den Attentaten des Leuchtenden Pfades.

Eine Stadt der Frauen

Vor allem die Frauen in Villa El Salvador sind es, die bis heute die Sandwüste in einen lebenswerten Ort verwandeln und für eine gleichberechtigte Gesellschaft kämpfen. In der Stadt haben Frauen viel mehr Zugang zu Erziehung und Bildung als auf dem Land. Die Selbstorganisation in VES ermöglichte die Partizipation vieler Frauen. So waren viele engagiert in der Erziehung, im Bereich Gesundheit, in den Gemeinschaftsküchen (Comedores) oder im Programm Ein-Glas-Milch (Vaso de leche). Alle diese Bereiche sind traditionell Aufgabe der Frau. Aber die Selbstorganisation ermöglichte viel mehr. Sie diskutierten und tauschten sich aus, um diese Aufgaben zusammen mit anderen Frauen zu bewältigen. Darüber hinaus haben sie über die anstehenden Probleme diskutiert, sie haben sich politisiert und den herrschenden Machismus in Frage gestellt. Sie haben sich in verantwortliche Funktionen gewählt und wählen lassen. Und es waren oft auch die Frauen, die das eigene Haus und ganze Stadtviertel aufgebaut haben. Denn

die Männer gingen in die Stadt und suchten Arbeit. In diesen Jahren war VES tagsüber die Frauenstadt. Sie sicherten in den Comedores Populares das Essen für die Familien, versorgten Kinder, Schwangere, Kranke und Alte mit dem Glas Milch. Die Frauenorganisationen haben erreicht, dass beide Volksorganisationen – die Volksküchen und das Milch-Programm – gesetzlich anerkannt wurden, und von der Regierung, heute von der Stadtverwaltung, bis heute die Lebensmittel für beide Programme bekommen. Heute ist es sehr wichtig, dass es beide Organisationen noch gibt und sie wieder die Ernährung sichern, wie damals. Weil diese Organisationen so wichtig waren, wurden sie auch Ziel der Gewalt von Sendero Luminoso. Maria Elena Moyano, jahrelang die Präsidentin der Frauenorganisation in VES, wurde von Sendero am 15. Februar 1992 brutal ermordet. Sie ist ein Symbol geworden für ganz Peru im Kampf für Frieden und soziale Gerechtigkeit.



María Elena Moyano spricht beim Besuch in Villa El Salvador von Julius Nyerere, Präsident von Tansania (1987). Bild: Walter Schwenninger

Alberto Fujimori, der damalige Präsident, der jetzt wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Korruption in Gefängnis sitzt, hat diese Basisorganisationen durch parallele Strukturen und durch Assistenzialismus geschwächt. Auch durch das von ihm propagierte neoliberale Wirtschaftssystem, das auf Individualismus setzt. Die Pandemie zeigt uns allerdings, [welch wichtige Rolle diese Organisationen im Kampf gegen Armut](#) und Hunger gerade heute haben. Und dass es auch wichtig ist, dass Bevölkerung und Bürgermeister*innen zusammen arbeiten. In VES setzen sich bis heute Gemeinderät*innen für die Anliegen dieser Organisationen ein und kontrollieren die Entscheidungen der Stadtverwaltung.

Arbeit schaffen

Mit der Pandemie hat sich die Arbeitssituation der Menschen in VES sehr verschlechtert. In Peru gibt es kaum formelle Arbeit, nur 25% der Beschäftigten haben eine feste Stelle. Jetzt sind es noch weniger, weil viele ihren Arbeitsplatz verloren haben. Es gibt viele Subunternehmer und Tagelöhner. Die Art der Arbeit, die die Menschen bekommen, ist ausbeuterisch, und sie haben keine sozialen Rechte. Der neoliberale Ansatz „Der freie Markt regelt alles“ geht in Peru zu Lasten der ärmeren Menschen. Heute zeigt es sich, wie prekär die Lage ist. Gravierend ist, dass viele Menschen in VES keine andere Möglichkeit haben, als in Zeiten der Quarantäne dennoch auf die Straße zu gehen, um mit dem Verkauf von Erdnüssen, Obst, Selbstgekochem oder Süßigkeiten ein paar Soles zu verdienen. Als der Bürgermeister Joni Rodríguez 1991 in Tübingen war, hatte er ein Projekt für die Schreinereiausbildung von Jugendlichen vorgestellt. In diesen Schreinereien wurden Stühle, Tische und didaktische Spiele für die selbstverwalteten Kindergärten hergestellt, und es wurde selbstverständlich kein Holz aus dem Regenwald verwendet. Der Gemeinderat hatte damals, auf Antrag der Alternativen Liste (AL) einer Projektpartnerschaft mit VES zugestimmt. Walter Schwenninger war zehn Jahre für die AL im Gemeinderat.

Von 2000 bis 2002 haben wir das saubere und faire Baumwollprojekt mit der Frauenorganisation von Villa El Salvador (FEPOMUVES) umgesetzt. Im Rahmen der Agenda 21 ist dieses Projekt damals vom Land Baden-Württemberg unterstützt worden. Wir hatten im Kommunikationszentrum von VES einen Workshop mit den Frauen und mit der peruanischen NGO DESCO veranstaltet, um uns über fairen Handel und die Agenda 21 auszutauschen. So entstand ein Projekt mit Babykleidung aus Biobaumwolle, und Taschen mit Symbolen der Partnerschaft, an dem 87 Frauen mitarbeiteten und eine gerechte Bezahlung bekamen.

Austausch zwischen Schulen und Jugendlichen

Wenige Monate nach der Gründung von VES hat die Schule „Fe y Alegría“ mit dem Unterricht begonnen. Die Eltern haben damals die Schule selber gebaut. Ende der 1980er Jahre waren wir zum ersten Mal zu Besuch in der Schule.

Nach dem pädagogischen Ansatz von Paulo Freire werden hier bis heute Kinder und Jugendliche zu sozialkritischen Menschen ausgebildet. Mehrere der gewählten Volksvertreter*innen von VES sind hier zur Schule gegangen. Michel Azcueta war hier Lehrer. Seit 1992 gibt es eine Partnerschaft mit dem Uhland-Gymnasium Tübingen. Beide Schulen haben zahlreiche gemeinsame Programme umgesetzt, z.B. der Austausch von Plakaten über verschiedene Themen. Es waren Lehrer*innen-Delegationen aus Tübingen in VES und umgekehrt. Es gibt einen regen Austausch auch über Skype und jetzt Zoom.

Seit zehn Jahren sind Weltwärts-Freiwillige vom Welthaus Bielefeld für ein Jahr in dieser Schule. Sie unterrichten dort Musik, Gemeinschaftskunde und Deutsch. Beim Revers-Programm sind auch Jugendliche aus VES für ein Jahr in Tübingen.

Im Tübinger Radio über Villa El Salvador hören

Das ist eine historische und wichtige Organisation in VES, die von Schüler*innen und Lehrer*innen der Fe y Alegría schon Ende der 1970er Jahre mitgegründet wurde. Es war immer ein Ort der Information und wichtig für die Ausbildung. Viele junge Menschen wurden dort ausgebildet in Bereichen wie Journalismus, Theater oder Filmemachen. Es war vor allem auch ein Ort der Versammlung, des Dialogs, der Debatten und der Treffen. Einige Jahre hat hier die „Universidad Libre“ funktioniert. Mit dem Kommunikationszentrum wurde das o.g. Jugendschreinereiprojekt durchgeführt. Das Radio Stereo Villa für ganz Lima SUR hat seit einigen Jahren eine Partnerschaft mit dem Radio Wüste Welle in Tübingen. In diesem Radiosender sind jedes Jahr ebenfalls Weltwärts-Freiwillige aus dem Welthaus Bielefeld. Sie machen Sendungen über Villa und über Tübingen. Es gibt hier und heute auch einen regen Austausch über Skype und Zoom. Die Wüste Welle hat zur Zeit [ein Projekt](#) mit Radio Stereo Villa, um über Covid-19 zu informieren. Sie fahren mit einem kleinen Bus in die Armenviertel in Lima SUR meistens an Orte, wo es kein Wasser gibt. Oft gehen sie zu Volksküchen, wo sie Informationen und Kits mit Masken, Alkohol und Seife verteilen.



Deutsche Weltwärts-Freiwillige im Kommunikationszentrum von Villa El Salvador 2019

Neue Themen: Wasser und Umwelt

Wasser war und ist ein sehr wichtiges Thema in der Arbeit. Wasser ist in VES kein Menschenrecht sondern eine Ware. In Zeiten der Pandemie tritt die krasse Ungerechtigkeit besonders zu Tage, da viele Menschen keinen Zugang zu Wasser haben. Wasser wird in Peru vor allem für riesige Plantagen für die exportorientierte Agrarindustrie verwendet, die dafür sorgt, dass es in Deutschland Mangos, Erdbeeren, Avocados und Spargel auch im Winter gibt. Noch heute müssen viele Menschen in Lima ihr Wasser kanisterweise kaufen.

Seit Jahren arbeiten wir gemeinsam mit den Basisorganisationen zum Thema Umwelt. 1997 gab es einen Ökodiolog in VES. Walter Schwenninger ist dafür vom Goethe-Institut eingeladen worden. Es waren auch Vertreter*innen von VES und ILO anwesend. Das Thema Wasser war hier sehr wichtig, auch Müll und Abwasser, was z.B. das Industriegebiet von VES besonders betrifft. Auch Themen wie gesunde Ernährung und Gesundheit sind behandelt worden. Peru ist heute eines der vom Klimawandel stark betroffenen Länder. Die Gletscher schmelzen, der Bergbau verschmutzt die Wasserquellen und die Natur und die Menschen auf dem Lande und in den ärmeren Vierteln in der Stadt sind die Leidtragenden.

Voneinander lernen

Der Peru-Ak gründete im Dezember 2006 den Partnerschaftsverein. Am 27. September 2007 ist, nach jahrelanger Partnerschaftsarbeit, die Städtepartnerschaft von VES und Tübingen besiegelt worden. Viele Menschen aus beiden Lebenswelten hatten und haben die Gelegenheit, persönliche Kontakte zu pflegen. Menschen aus VES können das Leben in Tübingen kennenlernen, und die Menschen in Tübingen die lebendige andine Volkskultur der Bewohner*innen von VES oder die Entwicklung des Modells einer basisdemokratischen und selbstverwalteten Gemeinde, wo z.B. 1991 durch die Gesundheitspromotorinnen erreicht wurde, dass in Zeiten der Cholera-Epidemie niemand starb. Diese Nord-Süd-Städtepartnerschaft ist eine wertvolle entwicklungspolitische Lerngelegenheit für eine bessere Welt nach dem Motto: global denken, lokal handeln.

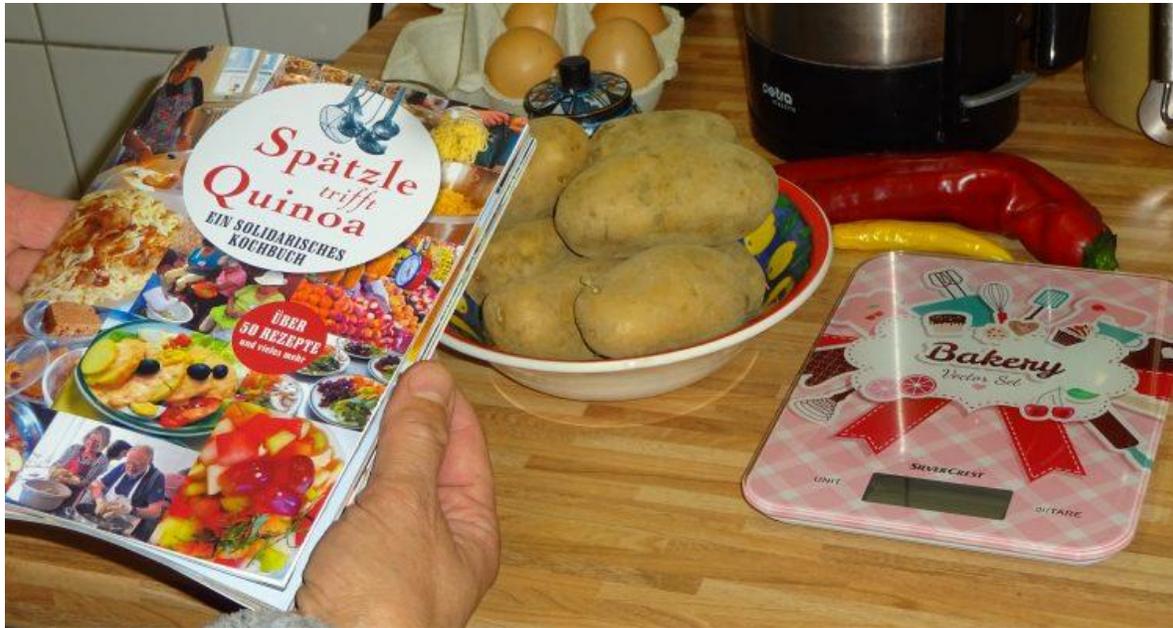
Nani Mosquera Schwenninger

7. „Das Buch ist voll eingeschlagen“

Reisewarnungen, Ausgangsbeschränkungen: Die Corona-Pandemie stellt auch die Solidaritätsarbeit mit Peru vor neue Herausforderungen. Ein Kochbuch-Projekt aus Tübingen zeigt, was dennoch möglich ist – und wo die Grenzen der virtuellen Zusammenarbeit liegen.

Es ist eines der vielen Projekte, die dieses so seltsame Corona-Jahr 2020 zum vorläufigen Erliegen gebracht hat: Seit 2013 kocht ein Team aus Ehrenamtlichen in der unabhängigen Tübinger Begegnungsstätte Hirsch für Senioren einmal monatlich ein Solidaessen mit Gerichten aus aller Welt, insbesondere aus Deutschland und Perú. Der Reinerlös unterstützt das Projekt Los Martincitos in Tübingens Partnerstadt Villa El Salvador, einem Stadtteil von Lima. Dort erhalten dreimal pro Woche circa 100 bedürftige Senioren Mahlzeiten sowie medizinische und pädagogische Betreuung.

„Am 20. März hatten wir das letzte Solidaessen“, berichtet Irmgard Lersch, die im Hirsch das Projekt koordiniert. „In der Woche darauf kam der Lockdown. Dann haben wir uns ganz schnell gefragt, wie das weitergeht, ob wir die Essen weiterführen und unsere Partner in Los Martincitos weiter unterstützen können“. Denn diese hatten die Unterstützung jetzt noch nötiger als zuvor. Nicht nur, dass es in den beengten Wohnverhältnissen von Villa El Salvador so gut wie unmöglich ist, sich an die Hygieneregeln zu halten, schlimmer noch: Aus Angst vor dem Virus wurde auch Los Martincitos geschlossen. „Wer unbedingt Hilfe brauchte, waren nicht nur die Senioren, sondern auch das Helferteam der Einrichtung. Rund ein Dutzend beziehen ein kleines Entgelt für ihre Arbeit in dem Zentrum, von dem sie leben. Die hatten gar nichts mehr, und für die war unsere Hilfe ganz besonders wichtig. Um die kümmerte sich zunächst niemand“



©Universitätsstadt Tübingen

Digitale Solidaritätsarbeit der Tübinger Stadtverwaltung

Als absehbar war, dass das Solidaressen so bald nicht mehr würde stattfinden können, wandte sich das Team um Lersch schnell mit einer neuen Projektidee an die Tübinger Stadtverwaltung. Dort ist Stephan Klingebiel im Kulturredaktion für die Partnerschaft mit Villa El Salvador zuständig. „Uns hat das mehr in der alltäglichen Arbeit überrascht. Ich weiß noch, als in Italien der Lockdown und die Sperrungen kamen, habe ich zu ganz vielen Leuten gesagt: Naja, das ist jetzt in Italien, aber bei uns wird es nicht so weit kommen. Wir planen unsere Projekte weiter. Wir wollten noch drei Wochen später Veranstaltungen machen. Und dann hieß es auf einmal: Nein, wir haben jetzt auch Beschränkungen“, erinnert er sich an die ersten Wochen des Lockdowns. Corona ist auch hier vieles zum Opfer gefallen: Eine Delegation aus den USA zum Tübinger Klimaschutzprogramm, eine Fahrt von einigen Schülern des Tübinger Umland-Gymnasiums nach Perú, ein Austausch mit Moshi in Tansania und natürlich das Fest zum fünfzigjährigen Bestehen von Villa El Salvador: „Das ist natürlich völlig klar, dass weder eine große Einladung kommen noch ein großes Fest in Villa stattfinden wird.“

Wie kann globale Solidarität in Zeiten von Corona aussehen? Gemeinsam mit den Vereinen, Schulen und Institutionen in der Stadt entwickelte das Tübinger Kulturredaktion neue Formate, allen voran eines: „[Zoom into...](#)“, eine virtuelle Gesprächsreihe mit allen Tübinger Partnerstädten. „Die Idee dieser Reihe ist es, zu schauen, wie es den Leuten in den Partnerstädten geht, und auch den Tübingern zu zeigen: Wir haben da Partnerstädte, mit denen wir uns austauschen können, an denen alle teilhaben und Fragen stellen können. So bekommen wir einen direkten Einblick in diese Partnerstädte“, erzählt Klingebiel. Partnerschaftsarbeit auf Distanz. Wobei die Idee an sich gar nicht so neu ist, meint er: „Videotelefonie gab es auch vorher schon. Das alles hätte man schon vorher machen können, aber es war nicht so verbreitet, dass es normal gewesen wäre, dass die

Leute abends sitzen und sagen, ich schaue mir eine Videokonferenz an“. Die Pandemie schweiße die Tübinger Partnerstädte auf eine neue Art zusammen, schafft eine gemeinsame Erzählung, die die gesamte Menschheit teilt, und vielleicht auch ein neues, globales Bewusstsein: „Jeder ist mit sich selbst beschäftigt, jeder macht seine Sachen, und dann kommt die Pandemie, und auf einmal gibt es einen Anlass, sich auszutauschen: ‚Wie macht ihr das?‘. Alle sitzen im selben Boot, alle haben mit den gleichen Problemen zu kämpfen. Man ist so tatsächlich enger verbunden“.

Ein Kochbuch für Peru

Genau das hat auch das Team des Solidaritätssens im Hirsch erlebt. Nachdem dieses Projekt vorübergehend eingestellt werden musste, entwickelten die Ehrenamtlichen um Irmgard Lersch ein ganz eigenes Format: Ein solidarisches Kochbuch. „Spätzle trifft Quinoa“ vereint kostengünstige, unkomplizierte und nachhaltige Gerichte aus Perú, Deutschland und anderen Ländern. Die Rezepte entstammen der langen Geschichte der Partnerschaft zwischen dem Hirsch und Los Martincitos. Sie wurden bei gegenseitigen Besuchen in Villa und in Tübingen gemeinsam getestet und bilden nun die Grundlage für das deutschsprachige Kochbuch, in dem auch Stimmen aus Villa El Salvador zu Wort kommen. „Das Konzept des Buches ist voll eingeschlagen“, erzählt Lersch. „Wir haben in fünf Wochen 1.000 Bücher in zwei Auflagen vertrieben“, größtenteils über persönliche Kontakte. „Ich habe den Eindruck, wir könnten endlos damit weitermachen“. Als das Projekt beendet wurde, hatte es insgesamt fast 12.000 Euro an Spenden für Los Martincitos eingebracht. „Die Menschen waren so großzügig. Die Regel waren 10 Euro Spende pro Buch, nicht 7,90 Euro, wie empfohlen“



Kochen für das Solidaritätssessen in Tübingen...und für die alten Menschen in Villa El Salvador

Auch Stephan Klingebiel vom Tübinger Kulturamt, das die Gestaltung des Buches durch einen professionellen Grafikdesigner mit Fördergeldern unterstützte, war vom Erfolg des Projekts überrascht: „Man versucht, das abzuschätzen, und sagt, ok, da gibt es den Hirsch, da sitzen 20 aktive Leute, die haben Bekannte und Freunde, und da kommen auch immer Leute hin, wie viele können dann verkauft werden? Vielleicht 300 Stück. Wir hatten auch schon andere Publikationen

gemacht, die dann eher wissenschaftlich waren, oder einen Gedichtband mit England. Das verkauft sich eher schlecht, weil es ein Liebhaberprodukt ist. Wer sich damit auskennt und ein Interesse an der Partnerschaft hat, der kann damit etwas anfangen, ansonsten nicht“.

Doch dieses Buch, meint Lersch, sei mehr als „nur“ ein Kochbuch gewesen, sondern habe ihrem 24 Ehrenamtliche umfassenden Team die Gelegenheit geboten, eine Art „Bestandsaufnahme“ durchzuführen, einen „Bewusstseinsprozess“ auszulösen: „Was haben wir an Fotos da, was gab es an Begegnungen, was ist eigentlich peruanisches Essen?“. Am Ende landen nicht nur Rezepte im Kochbuch, sondern auch Bilder, Gedichte, Erinnerungen, Informationen über Land und Leute. Das Buch habe auf diese Weise auch einen Marketing-Effekt für die Städtepartnerschaft gehabt, ergänzt Klingebiel: „Die Leute fragen uns: ‚Was bringen uns die Partnerstädte eigentlich?‘. Dann kann man natürlich sagen, ‚wir helfen anderen Menschen bei Entwicklungspartnerschaften‘. Aber es geht natürlich auch darum, voneinander zu lernen. Im Idealfall ist das nicht nur ‚Wir machen etwas für die‘, sondern es entsteht auch hier etwas durch diese Arbeit“. Er habe auch schon überlegt, ob sich das Kochbuch-Projekt auf andere Partnerstädte wie Moshi in Tansania übertragen lasse, aber: „Das Kochbuch konnte nur so entstehen, weil es über Jahre gewachsen war. So etwas kann man gar nicht erzwingen“.

Trotzdem – auf lange Sicht wünschen sich alle Beteiligten, dass „nach Corona“, wann auch immer dieses „nach“ endlich sein mag, die Solidaritätsarbeit mit Peru auf klassische Art und Weise wieder weitergeht. „Wir warten darauf, dass wir wieder kochen dürfen!“, sagt Lersch, und Klingebiel hofft trotz des erfolgreichen Starts des Zoom-into-Projekts, dass eines Tages auch wieder persönliche Begegnungen möglich sein werden: „Es ist etwas anderes, wenn man persönlich nach Perú reist. Die Gerüche wahrzunehmen, die Städte – das ist natürlich etwas ganz anderes, als wenn jemand sich in seinem Zimmer filmt und man redet dann darüber. Diesen Austausch kann man nicht ersetzen“. Ob er die Hoffnung hat, dass der Impfstoff, der ja immerhin auch in Tübingen entwickelt und produziert wird, auch Südamerika erreichen wird? „Die Welt ist solidarisch genug, um den anderen Ländern etwas abzugeben – sobald America First versorgt ist“, meint Klingebiel. Sobald das der Fall ist – er und das Team des Solidaressens stehen bereit.

Text: Jan Doria

Fotos: Team Solidaressen für Los Martincitos, HIRSCH Begegnungsstätte Tübingen

Transparenzhinweis: Der Autor war im Herbst/Winter 2020/21 Praktikant in der Stabsstelle für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Universitätsstadt Tübingen.

8. Clever und scharf

Der peruanische Zeichner Juan Acevedo und seine Comic-Legende „El Cuy“

Geliebt und am Ende doch gegessen: Das Cuy (Meerschweinchen) spielt in den Andenländern eine ganz andere Rolle als hierzulande, wo es als kommunikatives Haustier Kinderherzen höherschlagen lässt. Dort bereichert es den Speiseplan, allein in Peru werden jährlich etwa 65 Millionen Cuy's verspeist. Außerdem wird es für rituelle Handlungen innerhalb der traditionellen Medizin eingesetzt, um zum Beispiel eine kranke Person zu „reinigen“ oder eine Krankheit zu diagnostizieren. Auch als Opfergabe sind Meerschweinchen traditionell genutzt worden. Der peruanische Zeichner Juan Acevedo erwählte dieses emblematische und zugleich leckere Tierchen, damit es als Comicfigur die Gesellschaft Perus scharfsinnig und humorvoll kommentiert. Vorhang auf für: El Cuy!

Geboren wurde es am 19. November 1979 in Lima, und zwar in „La Calle“ (Die Straße). Der Name dieser Wochenzeitung war Programm, denn es zeigte die Berufung des Cuy für die Straße und die einfachen Leute. In „La Calle“ fanden auch Journalist*innen der Zeitschrift „Marka“ Unterschlupf, da ihr Medium von der Diktatur unter General Morales Bermúdez geschlossen worden war. Ich hatte die ersten Folgen vom Cuy im Mai 1977 gezeichnet und zwei Zeitungen vorgestellt, ohne Erfolg. Ich wollte eine Persönlichkeit entwerfen, die für das Peruanische stand. Nachdem ich unsere Fauna durchforstet hatte, blieb ich beim Cuy, das ich von klein auf kannte. Das Cuy war bis dato nicht für Geschichten genutzt und stets übergangen worden. Deswegen ging es seit den ersten Bildstreifen viel um seine Identität, dass es nicht anerkannt wird, nicht weiß, wer es ist, mit einer Maus verwechselt wird etc.

Im Jahr 1980 ging das Cuy zur Zeitung „El Diario de Marka“ und wurde zum Comic-Helden. Sein Freund Humberto bekam die Gestalt eines Hundes. Das Cuy wurde immer mehr zu einer Persönlichkeit, die auf der Seite der sozialen Bewegungen stand. Es widmete sich eher sozialen als tagespolitischen Fragen, manchmal überwogen aber letztere. In den 80er-Jahren taucht Marschall Videchet in den Comics auf, der Erzfeind des Cuy. Der Marschall steht für die Militärs faschistischer Prägung, die in jenen Jahren die Länder des Cono Sur quälten. Sein Name ist eine Verbindung aus General Videla und General Pinochet, die die argentinische und die chilenische Bevölkerung unterjochten. Aus dieser Dekade stammen noch andere Gegner*innen des Cuy: Doña Rancia (die überhebliche Aristokratie), Doktor Chancho (der neoliberale Kapitalist), Tajo (der Lumpenproletarier), später noch Senderito (der Terrorismus) und der Tod. Die letzte Figur entstand 1986, mitten in der terroristischen Periode; seine Gestalt ist das Skelett einer eitlen Ratte, die zwei Liebhaber hat: Videchet und Senderito. Gleichzeitig wollte sie Cuy verführen, das sie jedoch verabscheut.

In diesen strapazenreichen Jahren wurde „El Diario de Marka“ eingestellt, aber das Cuy war zuvor schon zu „El Observador“ gewechselt. Dann taumelte es durch einige kleinere Publikationen, weniger regelmäßig, und verschwand aus dem Blickfeld der Leser*innen. Die Leute fragten mich,

ob ich das Cuy umgebracht hätte. Ich sagte: Niemals! Das Cuy ist zum Verschwinden gebracht worden, nicht tot. Ich wollte es bei verschiedenen Zeitungen unterbringen, vergeblich. Was für eine verpasste Chance: Die Leute liebten diese Persönlichkeit, aber in den Zeitungen gab es nur Absagen. Ein Redakteur sagte mir: „Das Problem besteht darin, dass es das Stigma einer linken Persönlichkeit hat.“ Ich denke aber, dass das Cuy über solche Kategorisierungen hinausgeht und sich immer wieder neuen politischen Fragestellungen widmet. Schließlich sprach ich mit zwei Freunden, die mir vorschlugen, das Cuy in den sozialen Medien neu aufleben zu lassen. Wir begannen 2008 mit dem Blog „El Diario del Cuy“ (Das Tagebuch des Meerschweinchens), später auch auf Facebook. Der Blog hatte seine Glanzzeiten, als viele Leute dort aktiv waren, und seine Zeiten des Niedergangs; auch bei Facebook war es ein Auf und Ab.



©Juan Acevedo

Alles super, mit einem Haken: Solche Comics bringen kein Geld ein, ich lebte vom Ersparten und musste mal wieder arbeiten. Vor drei Monaten bekam ich einen Anruf, ob ich ein Buch zu sexualisierter Gewalt machen wollte – natürlich. So wurde das Cuy etwas vernachlässigt, bis Ende November, als das neue Buch vorgestellt wurde. Jetzt bin ich wieder täglich mit dem Cuy auf Facebook präsent. Gerade guckt es mir auf die Tasten, um zu sehen, was ich euch über es erzähle. Es schickt euch viele liebe Grüße.

Juan Acevedo

Übersetzung: Britt Weyde

Der Artikel erschien erstmals in der *ila* Nr 441, Dez. 2020

<https://elcuy.wordpress.com/>

<https://www.facebook.com/juan.acevedo.peru>

9. Zehn Umweltgeschichten, die das Jahr 2020 prägten

Korruption im Fischereisektor und Holzhandel, neue Fälle von illegalem Bergbau, großflächige Abholzung durch mennonitische Kolonien, Gewalt gegen indigene Gemeinden und Umweltschützer*innen – das Umweltportal [Mongabay Latam hat eine Auswahl](#) der wichtigsten Umweltgeschichten des Jahres 2020 zusammengestellt, die wir hier in gekürzter Version veröffentlichen.



Illegaler Goldabbau in Madre de Dios Foto: Hildegard Willer

10. Der größte Fischerei-Skandal der letzten Jahre

Ein Korruptionsskandal, in den Beamte verwickelt waren, erschütterte dieses Jahr das peruanische Meeresinstitut Imarpe. Das Institut, das auf die wissenschaftliche Erforschung der Meeresressourcen spezialisiert ist, hatte berichtet, dass die verfügbare Sardellen-Biomasse während der zweiten Fangsaison des Jahres acht Millionen Tonnen betrug, obwohl es tatsächlich nur vier Millionen Tonnen waren. Eine Untersuchung des Produktionsministeriums gegen 15 Beamte ergab Unregelmäßigkeiten bei der Berechnung der Biomasse sowie bei der Genehmigung der Fangquote zugunsten des Fischereisektors. Die Zahlen zur Sardellen-Biomasse wurden verfälscht, um eine höhere Fangquote festzulegen.

9. Ein Korruptionsnetzwerk von Beamten: „Die Feinde des Amazonas“

Eine große Operation am 25. August in Madre de Dios führte zur Festnahme von 17 Mitgliedern eines mutmaßlichen kriminellen Netzwerks, in das Beamte aus dem Forstsektor, der Regionalregierung, der Umweltstaatsanwaltschaft und der Polizei verwickelt waren und das sich dem Holzhandel verschrieben hatte. Die Ermittlungen dauerten fast zwei Jahre und wurden von

der Abteilung für die Untersuchung von Verbrechen mit hoher Komplexität (DIVIAC) und einer Spezialabteilung für Korruptionsverbrechen der Staatsanwaltschaft durchgeführt, die die Funktionsweise dieser kriminellen Organisation aufdeckten.

Der illegale Holzhandel funktioniert nur deshalb so gut, weil es korrupte Beamte gibt, die mit den Kriminellen zusammenarbeiten. Sie erstellten Dokumente, die es ermöglichten, illegal beschafftes Holz als legales Produkt zu transportieren, und ließen die Transporte an den Kontrollpunkten ohne Probleme passieren.

8. Der Holzhandel hört mit der Pandemie nicht auf

Während des Lockdowns in der Corona-Pandemie waren Holzfälleraktivitäten verboten. Viele Sägewerke arbeiteten jedoch weiterhin illegal und hinter verschlossenen Türen. Am 23. Mai folgte ein Polizeiteam einem Anhänger, der eine Lieferung aus einem Sägewerk im Bezirk Manatay in Pucallpa, Ucayali, abholte. Zwei Tage lang verfolgten die Polizeibeamten alle Bewegungen des Lastwagens, bis sie ihn anhielten und entdeckten, dass die Ladung eine falsche, von der Forstbehörde unterschriebene Genehmigung hatte.

7. Umweltschützer in Madre de Dios zweimal angeschossen

Der Umweltschützer Roberto Carlos Pacheco Villanueva, Sohn des bekannten Umweltschützers Demetrio Pacheco, wurde am 10. September in Madre de Dios ermordet. Beide waren Opfer von Drohungen durch Landbesetzer und illegale Bergleute geworden. Sie hatten auch acht Beschwerden gegen illegale Besetzer und Holzfäller bei der Umweltstaatsanwaltschaft eingereicht. Der Tod von Pacheco war der fünfte Mord an einem Umweltschützer in Peru in diesem Jahr.

6. Das gewaltsame Vordringen der Ölpalme in eine indigene Gemeinschaft

Seit 2012 ist das Palmöl-Unternehmen Plantaciones Pucallpa S.A.C. -heute Ocho Sur P S.A.C.- weniger als fünf Kilometer von der indigenen Gemeinde Santa Clara de Uchunya, in Ucayalli, aktiv. In dieser Zeit hat das Eindringen von Landhändlern zugenommen, berichten Shipibo-Anführer. Zuletzt entdeckten Bewohner*innen der Gemeinde Santa Clara am 17. August eine Gruppe von Personen beim Fällen von Bäumen innerhalb ihres Territoriums. Die indigene Gemeinschaft wehrt sich seit Jahren gegen Landhändler und die Interessen dieses Palmölanbauers, gegen den wegen Abholzung ermittelt wird.

5. Cacataibo-Indianer leben umzingelt von Landinvasoren und Drogenhändlern

Die Plattform Global Forest Watch meldete 2020 mehr als 2000 Abholzungsalarme in der indigenen Gemeinde Santa Martha in der Region Huánuco. Illegale Kokapflanzungen, die Präsenz von kriminellen Drogenhändlern und kriminelle Gewalt haben in diesem Gebiet dieses Jahr das Leben eines indigenen Anführers gefordert und viele andere bedroht. Die indigene Vereinigung

der Cacataibo-Gemeinden (Fenacoca) schätzt, dass in Santa Martha etwa 200 Hektar Regenwald abgeholzt wurden. Gemeindemitglieder schätzen dagegen, dass sie durch den Vormarsch des Drogenhandels mindestens 600 Hektar verloren haben.

4. Millionenrabatte: der Rettungsanker für die sanktionierte Fischerei in Peru

Peru ist eine Fischereimacht in Lateinamerika und der Hauptproduzent von Fischmehl. Jedes Jahr werden zwischen zwei und fünf Millionen Tonnen Sardellen gefangen, die zu Mehl für die Viehzucht verarbeitet werden. Diese Industrie generiert jährlich mindestens zwei Milliarden Dollar für das Land. Damit die Sardellen nicht aussterben, müssen die Jungfische geschützt werden. Dazu muss der Fang begrenzt werden. Das Problem ist jedoch, dass diese Regel nicht immer durchgesetzt wird. Mongabay Latam überprüfte 339 Akten der letzten fünf Jahre im Ministerium für Produktion (Produce) und fand heraus, dass ein einziges Unternehmen 22.686 Tonnen Jungfische gefangen hatte, obwohl es laut Vorschrift nicht mehr als 10.347 Tonnen hätte fangen dürfen.

3. Illegale ecuadorianische Bergleute in der Cordillera del Condor: die Grenze ist immer noch verletzlich

Die Übergriffe illegaler Minenarbeiter in der Cordillera del Condor sind seit dem 15. Oktober 2019 zurückgegangen, als Polizei- und Armeetruppen in das Gebiet Tambo in El Cenepa an der Grenze zwischen Peru und Ecuador eindringen. Sie schütteten Stollen zu und hoben Absperrgräben über die Straße aus, auf der die illegalen Einwanderer das Material per LKW in die ecuadorianische Stadt La Herradura brachten. Monate später wurden diese Stollen jedoch wieder geöffnet. So wurde offensichtlich, mit welchen Methoden die illegalen Minenarbeiter auf peruanisches Gebiet eindringen und auf Land arbeiten, das eigentlich Teil eines Nationalparks sein sollte.

2. Madre de Dios: neuer Schwerpunkt des illegalen Bergbaus bedroht indigenes Volk von Pariamanu

Boca Pariamanu ist eine von 37 indigenen Gemeinden in Madre de Dios, dem Amazonasgebiet Perus, das am stärksten vom illegalen Bergbau zerstört wird. Etwa 25 Familien leben in diesem 4.500 Hektar großen Gebiet, betreiben Landwirtschaft zur Eigenversorgung und ernten Kastanien. Das Gebiet der Gemeinde Boca Pariamanu besteht ausschließlich aus Kastanienbäumen. Hier agieren illegale Minenarbeiter am Pariamanu-Fluss. Der Fluss ist mit Quecksilber aus dem Bergbau verseucht. Die Familien mussten deshalb ihre Fischereiaktivitäten einschränken. Sie wurden Opfer von Schikanen und Morddrohungen durch illegale Bergleute.

1. Die Mennoniten in Peru: Staatsanwälte aus Loreto und Ucayali untersuchen die Abholzung von 2.500 Hektar im Amazonasgebiet

Im peruanischen Amazonasgebiet ist es erneut zu großflächigen Abholzungen gekommen. Diesmal haben sich Mennonitenkolonien an drei Orten in den Regionen Loreto und Ucayali

angesiedelt und bisher mehr als 2.500 Hektar Wald abgeholzt. Satellitenbilder zeigen, wie die Abholzung an den Orten fortschreitet, an denen diese Kolonien gegründet wurden: Masisea in Ucayali, und Tierra Blanca und Padre Márquez in Loreto. Das Schlimmste: Diese Abholzung wurde ohne Genehmigung der Forstbehörden durchgeführt.

Übersetzung und Zusammenfassung: Annette Brox

10. Schleppende Landtitulierung

Indigene Gemeinden brauchen Eigentumstitel auf ihr Gemeinschaftsland. Doch die Titulierung kommt nicht voran – weder in der Drogenbekämpfung noch im Agrarministerium.

Wenn der Kampf gegen Drogen zu Abholzung des Regenwalds und Bedrohung Indigener führt

Die peruanische Menschenrechtsverteidigerin Mar Pérez erhebt schwere Vorwürfe gegen die staatliche Drogenbekämpfungsbehörde Devida. Sie soll die illegale Rodung des Regenwaldes fördern, und damit sogar mitverantwortlich sein für die Bedrohung und Ermordung indigener Anführer.

Devida ist die [Comisión Nacional para el Desarrollo y Vida sin Drogas](#), also eine staatliche Kommission für Entwicklung und ein Leben ohne Drogen und ist dem Ministerrat angegliedert. Sie wird in ihrer Mission, dem Kampf gegen Drogen, auch von der EU und den USA unterstützt. Der Haushalt 2020 von Devida beträgt ungefähr 12 Millionen US-Dollar. Aufgaben von Devida sind die Umwandlung von Kokapflanzungen in andere Anbauten (meist Kakao oder Kaffee), der Straßenbau – und die Landtitulierung. Vor allem letzteres hat viele Klagen von Seiten der indigenen Gemeinschaften und auch staatlicher Stellen hervorgerufen.

Keine Landtitel für indigene Gemeinschaften

Devida finanziert Regionalregierungen, damit sie Landtitel vergeben. Diese würden fast ausschließlich an Privatpersonen und nicht an indigene Gemeinschaften vergeben, so die einhellige Klage. In Peru ist die Vergabe von Landtiteln an Gemeinden um einiges komplizierter und langwieriger als die an Privatpersonen, sodass diese viel mehr Titel erhalten als die dort wohnhaften indigenen Gemeinden. Bereits die Ombudsstelle, wie auch das Verfassungsgericht kritisierten, dass der Titulierungsprozess für gemeinschaftlichen Landbesitz so langwierig und kompliziert ist. Doch keiner scheint Verantwortung übernehmen zu wollen. Und hier ist auch Devida involviert. Denn die Gelder, die Devida zu Vergabe von Landtiteln an die regionalen Regionalregierungen überträgt, priorisieren fast ausschließlich Privatpersonen, statt die indigenen Gemeinden. Das Beispiel der Region Huánuco ist besonders frappierend: Die Regierung von

Huánuco erhielt zwischen 2013 und 2018 fast 13 Millionen Soles von Devida zur Vergabe von Landtiteln, wobei bis 2017 allerdings kein einziger an eine indigene Gemeinde ging.

Die indigene Gemeinde Nueva Austria del Sira versucht seit 2003, ihr Land kollektiv zu titulieren – bisher erfolglos. Dagegen hat die Regierung von Huánuco mit den Geldern von Devida über 200 Besitztitel an Privatpersonen vergeben – Land, das die Indigenen für sich beanspruchen. 2019 wurde der Vorsitzende der Gemeinde Nueva Austria del Sira deswegen von gedungenen Mördern umgebracht, weitere Gemeindemitglieder wurden entführt. Die Interamerikanische Menschenrechtskommission sprach der Gemeinde daraufhin Schutzmaßnahmen zu.



Foto: Andina Difusion

Rodung und Gewalt statt gesichertem Lebensraum für Einheimische

Die Folgen der Landvergabe an Privatpersonen sind gravierend: Satellitenaufnahmen zeigen die Abholzung und Ausbeutung des Waldes. Indigene Gemeinschaften werden bedroht und Opfer von Gewalt. Anstatt die Territorien der Indigenen zu achten, unterstützt Devida den Straßenbau, sodass die Regionen für neue Waldbesitzer noch einfacher zugänglich werden. Betroffene, wie die der Gemeinde Nueva Austria del Sira, befürchten, dass nicht nur die Nutzung des Waldes, sondern auch die Vergabe der Grundstücke mit unrechten Mitteln geschehen ist. Der Gemeinde fehlen jedoch die Ressourcen, um dazu tiefere Recherchen für das gesamte betroffene Gebiet durchzuführen.

Devida zeigt keine Einsicht

Indigene Organisationen, wie die Union der Nationen Asháninka und Yanesha oder das Bündnis der nativen Gemeinden Puerto Inca und Afluentes, protestieren gegen Devida, doch die Kommission schiebt jegliche Schuld auf die Regionalregierungen und weist Vorwürfe zur Verletzung von indigenen Rechten von sich.

Devida will keine Verantwortung übernehmen für die Folgen ihres Tuns: Zerstörung des Regewaldes, Bedrohung von Umweltschützern und unrechte Landnahme.

Staaten oder Staatenbündnisse, wie die EU, unterstützen Devida im Rahmen ihrer Entwicklungszusammenarbeit und sollten ein Auge darauf haben, welchen Schaden sie damit anrichten.

Quelle: <https://debatesindigenas.org/notas/75-lucha-antidrogas-despojo.html>

Schleppende Landtitulierung

Indigene Organisationen beschwerten sich, dass die staatliche Landtitulierung nicht vorankommt

Tatsächlich läuft seit 2018 das Projekt „Vermessung, Titulierung und Regierung von Land in ländlichen Regionen, Peru, Stufe 3“ des peruanischen Ministeriums für landwirtschaftliche Entwicklung und Bewässerung, das mit der Vergabe der Landtitel in ländlichen Regionen beauftragt wurde. Das Ganze soll mit besseren Technologien und Kapazitäten als bisher geschehen. Doch obwohl das Projekt offiziell dieses Jahr bereits schon zur dritten von vier Zonen übergeht, kann es kaum Fortschritte verzeichnen. Im Jahr 2019 wurden nur 17 Gemeinden betitelt, während 2020 immer noch 680 indigene Gemeinden auf Landtitel warteten.

Deswegen erhält das Projekt im Hinblick auf seine Verwaltung und die Erfüllung seiner Vorgaben und Ziele starke Kritik von indigenen und landwirtschaftlichen Organisationen. Das Projekt soll 2021 auslaufen und könne keine Erfolge vorzeigen. In einem Brief an die Premierministerin Violeta Bermudez fordern Organisationen, wie die Interethnische Vereinigung für die Entwicklung des peruanischen Urwalds (Aidesep), die Nationale Agrarkonföderation (CNA) und die Nationale Organisation der indigenen, andinen und amazonischen Frauen Perus (Onamiap), ein Treffen mit den regionalen Behörden zur Evaluation des Projektes. Zur schleppenden Verteilung von Landtiteln für Gemeinden kommt in ihrer Kritik auch das fehlende Einhalten von internationalen Standards zur Beachtung indigener Territorien. Während die Verantwortlichen des Projektes ständig wechseln und keine Stabilität bieten, steigt der Frust der Betroffenen und sie versuchen sich mit dieser wiederholten Bitte zu helfen.

Mit einem Treffen soll endlich Klarheit geschaffen werden, ob die Ziele und Vorgaben des Projektes erreicht und eingehalten wurden. Daraufhin könnten Korrekturen vorgenommen und zumindest Klarheit über die Vergabe von Landtiteln erreicht werden.

Quelle: <https://www.servindi.org/actualidad-noticias/22/01/2021/piden-reunion-al-ejecutivo-ante-mala-gestion-en-proyecto-de>

Übersetzung und Zusammenfassung: Theresa Nickles

11. Pluspetrol: Dreckige Energie aus dem Regenwald

Die Erdoelfirma Pluspetrol streicht Gewinne ein und lässt zerstörte Umwelt zurück.

In den letzten 20 Jahren wurden über 470 Ölaustritte, hauptsächlich im peruanischen Regenwald registriert. Sie vergifteten über 2000 Stellen. Das berichtete die peruanische Menschenrechtskommission (1). Die meisten Ölaustritte entstanden durch schlecht gewartete Ölpipelines aus dem nördlichen Regenwald über die Anden an die Küste. Um die verseuchte Erde abzutragen, werden über 20.000 Lastwagen benötigt. Die Kosten dafür würden über 200 Millionen Euro betragen.

Ein grosser Teil der Erdölaustritte geht auf die Firma Pluspetrol Norte AG zurück. Sie ist verantwortlich für 373 Ölaustritte im nördlichen Regenwald in der Region Loreto an den Flüssen Pastaza, Corrientes und Tigre.

Einige Angaben zu Pluspetrol:

Die Firma wurde 1977 durch den Ingenieur Luis A. Rey in Argentinien gegründet. Sie dehnte ihre Aktivitäten dann nach Bolivien, Kolumbien, Brasilien, Ecuador, Venezuela, Angola und auch Peru aus. In Peru ist sie unter anderem auch Trägerin des großen Erdgasvorkommens „Gas Camisea“ im südlichen Regenwald.

Pluspetrol kam ihren Berichtspflichten mit schönen Fotos gerne nach und konnte sich so als soziale und nachhaltige Firma darstellen. Sie erhielt zum Beispiel 2016 und 2018 den Preis für nachhaltige Entwicklung von der Region Cusco und noch 2019 einen nationalen Nachhaltigkeitspreis. Sie hat eine Telefonnummer angegeben, wo man sich kostenlos über ihre ethischen Leitlinien erkundigen kann. (2)

Für die aktuelle Situation ist wichtig, dass sich Pluspetrol Norte AG juristisch als eigenes Unternehmen gegründet hat, zum Firmenkomplex Pluspetrol gehörend.

Der Hauptsitz ist nach eigenen Angaben Amsterdam (Niederlande).

Pluspetrol Norte wurde von der staatlichen Behörde OEFA (Organización de Evaluación y Fiscalización Ambiental) im Jahr 2020 zu einer Zahlung von 76 Millionen Dollar aufgefordert, weil sie der Pflicht zur Beseitigung der Verschmutzungen aus ihren Ölpipelines nicht nachgekommen ist. Die tägliche Produktion betrug ca. 6.000 barrels Erdöl. Pluspetrol ging gegen die Strafzahlung bei allen möglichen Instanzen vor, verlor aber letztendlich.



Erdoelaustritte Saramiriza 2019. Foto: Hildegard Willer

Gewinne eingestrichen – vergiftete Erde zurücklassen

Im Dezember 2020 hat Pluspetrol Norte dann die Insolvenz angemeldet. Und, weil Pluspetrol Norte eine eigene Firma ist, kann nicht auf das Vermögen der Mutterfirma zurück gegriffen werden. Es kann auch nicht das Privatvermögen der Besitzerin, Edith Rodriguez, der Witwe vom Firmengründer Rey, in Höhe von geschätzten 1.2 Milliarden Dollar angegangen werden.(3)

Auch dieses Beispiel zeigt deutlich, wie wenig freiwillige Zertifizierungen und Audits gegen Umweltzerstörungen und Menschenrechtsverletzungen taugen.

Das Beispiel von Pluspetrol zeigt auch, wie wichtig die Einführung des Lieferkettengesetzes ist, um Unternehmen in die Verantwortung zu nehmen. Da taugt dann der Vorschlag von Thomas Heilmann (MdB-CDU) nichts, ein LieferkettenREGISTER-Gesetz ein zu führen. Darin wären u.a. keine Klagemöglichkeiten für die Betroffenen enthalten.

Heinz Schulze

(1) SPA actualidad ambiental Peru , 14.8.2020 sowie: La sombra del petroleo, Aymara , Oxfam, 2020) Leon und Mario Zuniga

(2) website Pluspetrol

(3) Gestión, Lima, 19.1.2014)

12. #PeruvianLivesMatter?

Polizeigewalt und Polizeireform in Peru.

Während in den USA die #BlackLivesMatter Bewegung stark geworden ist und in Ländern wie Deutschland rassistische Einstellungen innerhalb der Polizei in der Öffentlichkeit diskutiert werden, steht auch in Peru die Polizeigewalt in der Diskussion. Dass Polizist*innen weltweit eine komplizierte Beziehung zu Menschenrechten haben, ist kein Wunder. Aber 2020 wurde das Problem mehr als früher thematisiert.

Während der massiven Demonstrationen im November 2020 gegen [den parlamentarischen „Staatsstreich“](#) kamen in Lima zwei junge Männer ums Leben, und viele wurden verletzt. Laut Berichten der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte und von peruanischen und internationalen NGO übte die Polizei regelwidrig Gewalt aus und benutzte tödliche Waffen. Die Beweise zeigen, dass die Straftäter*innen Polizist*innen sind. Außerdem handelte es sich nicht nur um einzelne Polizist*innen, die spontan gewalttätig reagierten. Die Beamten, die für die Operation verantwortlich waren, leugneten ihre Verantwortung. Die Verantwortlichkeit ist nicht nur individuell, sondern institutionell.

Als die Demonstrierenden erreichten, dass der Präsident zurücktreten musste, bat die neue Regierung die Opfer der Polizeigewalt um Verzeihung. In vielen Städten wurden spontan Mahnmale für die Opfer errichtet. Der nächste Schritt sollte eine Polizeireform sein, damit kein Mensch mehr wegen Missbrauchs der Polizeigewalt verletzt oder getötet wird.

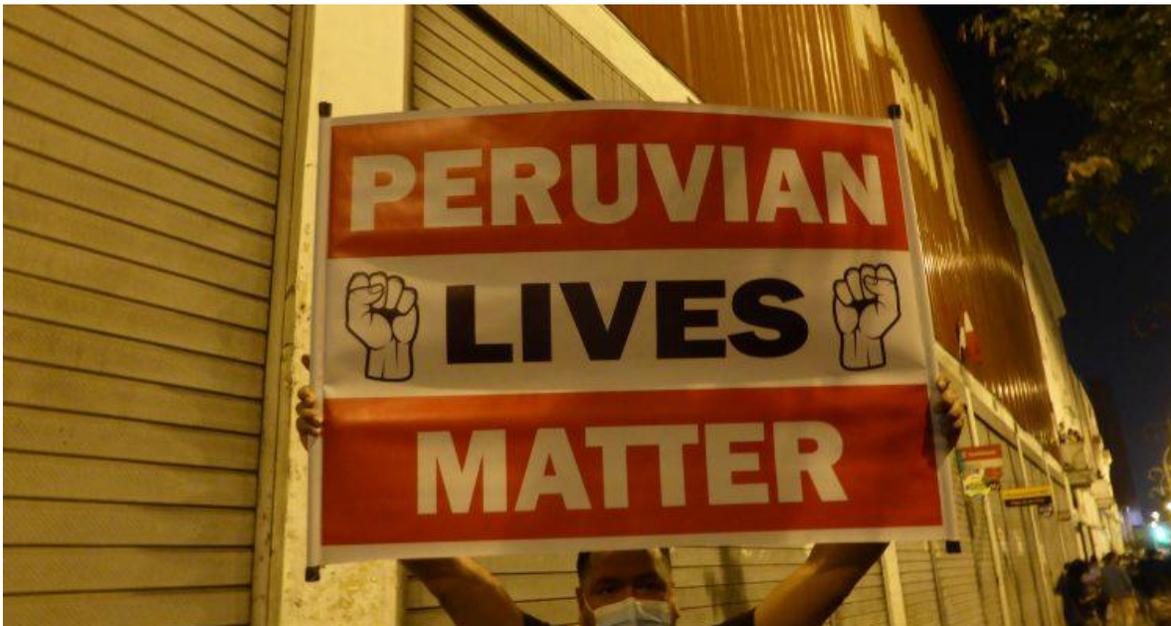


Foto: Hildegard Willer

Obwohl die Mehrheit der Bevölkerung die Polizeireform unterstützte ([siehe Umfrage](#) von Datum), reagierte die Regierung langsam und zögerlich. Anfangs vermied der Präsident von über eine Reform zu reden ([La República, 22.11.2020](#)), aber einige Tagen danach sprach er über die „Modernisierung“ der Polizei, und 18 Generäle wurden in den Ruhestand versetzt. Schnell geriet das Innenministerium jedoch in eine Krise. Der Druck von Seiten der putschenden Abgeordneten und Polizist*innen war stark. Infolgedessen trat der Innenminister, da er keine Rückendeckung des Präsidenten hatte, zurück. Die Polizist*innen und die Abgeordneten wehrten sich gegen eine Polizeireform. Die Exekutive ernannte schnell einen ehemaligen Polizisten zum Innenminister, der insgeheim gegen die Versetzung von Generälen in den Ruhestand und gegen die juristischen Untersuchungen der Polizeigewalt war. Einige Tage später erst merkte die Regierung, dass der Minister nicht die gleichen Ziele wie sie hatte und entließ ihn. Am selben Tag, dem 7. Dezember 2020, wurde eine Vertrauensperson des Präsidenten ohne Erfahrung in der Innenpolitik als Minister berufen.

Die Polizeireform ist ein Muss. Laut der Coordinadora Nacional de Derechos Humanos kamen zwischen 2002 und 2020 159 Personen allein in sozialen Konflikten um, sehrwahrscheinlich durch Polizeigewalt. Die juristischen Untersuchungen dienen nicht dazu, die Täter zu bestrafen ([Convoca, 07.12.2020](#)). Es gibt kein Register über Opfer der Polizeigewalt in anderen Bereichen. Die exzessive Polizeigewalt in sozialen Konflikten in Peru hat ebenso wie die tägliche Polizeigewalt in den Vereinigten Staaten den Rassismus als Hintergrund. Im August 2020 endete der Internationale Tag der Indigenen Völker tragisch. Bei einem Protest in Loreto wurden drei Indigene des Volks der Kukama getötet, vermutlich von der Polizei.

Die Polizeireform ist ein lang ersehntes Ziel. Die letzte echte Polizeireform in Peru wurde direkt nach der Regierung Fujimori (1990-2000) angefangen. Diese Reform wurde aber nach drei oder vier Jahren aus politischen Gründen unterbrochen. Zurzeit arbeitet die aktuelle Regierung an einem Plan. Als Vorlage wurde der Strategieplan „Plan Estratégico de Capacidades de la Policía Nacional del Perú al 2030“ nach einem Polizeihelden „Mariano Santos Mateos“ benannt. Im Januar fanden Meetings mit Expert*innen und Einrichtungen der Zivilgesellschaft statt, um den Plan zu verbessern.

Was dagegen spielt ist selbstverständlich die Zeit. Die aktuelle Regierung ist nur bis Juli 2021 im Amt, weil schon im April die Wahlen stattfinden. Falls es die Regierung trotz der zweiten Coronavirus-Welle und des Boykotts schafft einen Plan zu beschließen, hat sie keine Zeit mehr ihn umzusetzen.

César Bazán Seminario

13. Kurz gemeldet Februar 2021

Das Geschäft mit dem Sauerstoff

Zehn Monate nach Ausbruch der Corona-Pandemie und nach monatelangem Mangel an medizinischen Sauerstoff hat das peruanische Gesundheitsministerium noch keine einzige Sauerstoffanlage auf den Weg gebracht. Statt eigene Anlagen einzurichten hat das Gesundheitsministerium 90 Mio. Soles (über 20 Mio. Euro) für den Kauf und Transport von Sauerstoff ausgegeben. Zu den Hauptlieferanten zählt die deutsch-amerikanische Firma Linde (wir haben im InfoPeru mehrfach darüber berichtet), neben dem US-amerikanischen Unternehmen Air Products und der peruanischen Firma Oxyman Comercial. Mit der gleichen Summe hätte man etwa 500 kleine Sauerstoffanlagen finanzieren können. Aber dann fiel das lukrative Geschäft mit dem Transport und Austausch der Sauerstoffflaschen weg. Immerhin haben einige Regional- und Kommunalregierungen umsichtiger gehandelt als das Gesundheitsministerium und für ihre Krankenhäuser Sauerstoffanlagen im Wert von 45 Mio. Soles (etwa 10 Mio. Euro) erworben. Und im Januar übergab die Initiative „Respira Peru“ (Atme Peru), ein Bündnis der peruanischen Bischofskonferenz, des Industrieverbands *Sociedad Nacional de Industrias* und der Universität San Ignacio de Loyola dem Staat sechs Sauerstoffanlagen, die über Spenden finanziert wurden.

Anfang Februar erklärte die Firma Linde, dass ihre Reserven an medizinischem Sauerstoff aufgebraucht seien und die Produktion nicht mehr ausreiche, um den Bedarf zu decken.

(Hildebrandt en sus trece 21.1.2021, <https://gestion.pe/peru/planta-de-oxigeno-advierte-que-demanda-supero-su-capacidad-de-produccion-nndc-noticia/>)



Foto: Hildegard Willer

UN-Bericht: Unverhältnismäßige Polizeigewalt bei den Novemberprotesten

Laut einem Bericht des UNO-Hochkommissariats für Menschenrechte hat die Polizei bei den Protesten gegen den Übergangspräsidenten Manuel Merino internationale Menschenrechtsstandards nicht eingehalten. Eine Expertengruppe war auf Einladung der Regierung vom 14. bis 22. November in Peru, um Informationen über angebliche Menschenrechtsverletzungen während der Proteste zu sammeln.

Zu den Hauptergebnissen des Berichts gehört die Tatsache, dass die Sicherheitskräfte nicht zwischen friedlichen und gewalttätigen Demonstrierenden unterschieden. Nach der Befragung von Opfern und Zeug*innen und der Analyse von Krankenakten kommt die Studie zu dem Schluss, dass die Polizei „Schrotkugeln und Tränengaskanister wahllos und aus nächster Nähe“ auf die Köpfe und Oberkörper der Demonstrierenden abgefeuert habe. Zwei Demonstranten starben, nachdem ihnen in den Oberkörper geschossen wurde, mehr als 200 Menschen wurden verletzt. Viele wurden außerdem festgenommen und erklärten, dies sei „unter menschenunwürdigen und unhygienischen Bedingungen“ geschehen. In den Einrichtungen habe es keine COVID-19 Präventionsmaßnahmen gegeben. Auch Journalist*innen seien bedroht und attackiert worden.

Die Hohe Kommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet, forderte, dass alle Vorwürfe unverzüglich, unabhängig und gründlich untersucht werden müssen. Die offizielle Anerkennung sei der erste Schritt. Der Staat müsse das Recht der Opfer und ihrer Familien auf Gerechtigkeit, Wahrheit und Wiedergutmachung verteidigen. Auch das Polizeischutzgesetz solle geändert werden. Internationalen Standards müssten eingehalten und das Prinzip der Verhältnismäßigkeit gewahrt werden. Quelle: <https://news.un.org/es/story/2021/01/1486452>

Verfassungsbeschwerde fordert Stopp des Mega-Projekts „Amazonische Wasserstraßen“

Die indigene Organisationen FECONAU und ORAU haben bei der Justizbehörde eine Klage eingereicht, um das Projekt *Hidrovia Amazónica* (Amazonische Wasserstraße) des chinesischen Konsortiums Cohidro zu stoppen.

Die Klage wird damit begründet, dass weder eine genehmigte Umweltverträglichkeitsstudie noch wissenschaftliche Erkenntnisse über die Auswirkungen des Projekts auf die vier betroffenen Flüsse (Huallaga, Ucayali, Marañón und Amazonas) vorliegen. Das Projekt stelle eine unmittelbare Bedrohung für das Leben der indigenen und der am Fluss lebenden Bevölkerung sowie der Dörfer darstellt.

Sowohl FECONAU als auch ORAU beantragen, dass das Projekt solange ausgesetzt wird, bis wissenschaftliche Gewissheit besteht, dass das Projekt *Hidrovia Amazónica* die Flüsse nicht beeinträchtigt.

Eine neue Umweltverträglichkeitsprüfung müsse der ILO-Konvention 169 (Recht auf Vorabkonsultation) und der Rechtsprechung des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte entsprechen und in Zusammenarbeit mit den betroffenen indigenen Völkern erstellt werden, und zwar von unabhängigen Berater*innen.

Die ISP hat im Dezember ein neues InfoBlatt mit ausführlichen Informationen über das Projekt *Hidrovia* herausgegeben, das Sie [hier](#) downloaden können.

(Pressemitteilung CAAAP vom 25.1.2021)

Neue Studie stützt Klimaklage

Der Landwirt und Touristenführer Saúl Luciano Lliuya aus Huaraz klagt gegen das deutsche Energieunternehmen RWE, weil es für die Bedrohung durch Überflutung aufgrund der Gletscherschmelze mitverantwortlich ist. 2017 hat ein Gericht in Hamm die Klage zugelassen. InfoPeru hat mehrfach darüber berichtet.

Eine Studie liefert jetzt neue Beweise. Wie britische und amerikanische Wissenschaftler in der Fachzeitschrift "Nature Geoscience" darlegen, sei der vom Menschen verursachte Klimawandel "mit einer Wahrscheinlichkeit von mehr als 99 Prozent" für das Abschmelzen des Palcaraju-Gletschers in den peruanischen Anden verantwortlich. Folge des abschmelzenden Gletschers oberhalb von Huaraz sei ein erhöhtes Überschwemmungsrisiko des Palcacocha-Sees, stellt die Studie dar. Eine mögliche Flutwelle vom See ins Tal bedrohe die 55.000 Einwohner*innen zählende Andenstadt sowie rund 120.000 Menschen in der Umgebung.

(<https://www.blickpunkt-lateinamerika.de/artikel/klimaklage-gegen-rwe-studie-macht-klimawandel-fuer-gletscherschmelze-in-peru-verantwortlich/>)

Das Abkommen von Escazú soll am 22. April in Kraft treten

Im letzten InfoPeru haben wir gemeldet, dass der peruanische Kongress das Abkommen nicht ratifiziert hat. Jetzt hat es – ohne Peru - mit den Unterschriften von Mexiko und Argentinien die erforderliche Stimmzahl erreicht und wurde von insgesamt 24 Ländern vor den Vereinten Nationen unterzeichnet. Es bedeutet einen wichtigen Schritt für Lateinamerika und die Karibik in der Stärkung ihrer Rechte auf Zugang zu Information, Partizipation, Umweltgerechtigkeit und für den Weg zu einer inklusiven Umweltdemokratie. Partizipationsrechte für Frauen und Jugendliche sollen gewährleistet werden, genauso wie Schutzrechte für Umweltschützer*innen. Ein Vertreter aus Mexiko sagte, in einem so schrecklichen Kontext, den die Pandemie hervorgebracht hat, sei der Beginn des Abkommens eine gute Nachricht. Ob ein neues peruanisches Parlament nach den Wahlen einem Beitritt Perus doch noch zustimmt? Quelle: https://dar.org.pe/np220121_escazu

Peru registriert die meisten Gemeinden mit Grundrechtsverletzungen in Lateinamerika

Interaktive Karte mit Informationen

Durch Bergbau- und Infrastrukturprojekte sind die kollektiven Rechte von mindestens 585 Gemeinden in Peru bedroht. Die meisten dieser Gemeinden befinden sich in Loreto, Ucayali und Amazonas. Von den 585 Gemeinden sind 424 durch das Wasserstraßenprojekt Hidrovia Amazonica bedroht, deren Bau noch nicht begonnen hat. Der Rest ist von Infrastrukturprojekten und extraktiven Aktivitäten wie Bergbau, Gas oder Öl und Holz betroffen.

Die am häufigsten verletzte Rechte sind laut einer neuen Analyse das Recht auf Kontrolle über das eigene Territorium und das Recht auf eine gesunde Umwelt. Weitere verletzte Rechte sind das Recht auf freie, vorherige und informierte Zustimmung, das Recht auf Verteidigung des angestammten Landes, das Recht auf Leben, sowie das Recht auf freie Meinungsäußerung, Zugang zu Wasser, Versammlungsfreiheit und auf körperliche und moralische Integrität.

Über eine [interaktive Karte](#) von Peru kann man jetzt die 19 analysierten Projekte erkunden. Die [Plattform Derechos Colectivos Vulnerados](#) präsentiert außerdem Informationen über Projekte, die mit Konflikten mit lokalen Gemeinschaften, indigenen Völkern und Afroamerikaner*innen in Brasilien, Kolumbien, Guatemala, Honduras und Mexiko verbunden sind. Sie bietet außerdem eine Übersicht über Projekte in den Bereichen Bergbau, Kohlenwasserstoff, Holz, Agrarindustrie und Infrastruktur.

<https://www.servindi.org/07/01/2021/peru-registra-mas-comunidades-con-derechos-vulnerados-en-latinoamerica>

Frauenpower in Peru

Das ist beachtenswert: Aktuell sind fünf Frauen an entscheidender politischer, juristischer und verfassungsmäßiger Stelle tätig: Mirtha Vásquez ist Parlamentspräsidentin, Violeta Bermúdez ist Premierministerin, Marianella Ledesma ist Präsidentin des Obersten Verfassungsgerichts, Elvia Barrios Alvarado ist Präsidentin des Obersten Gerichtshofs und Zoraida Avalo Rivera ist nationale Oberstaatsanwältin. Dazu kommen noch einige Ministerinnen wie Nuria Esparch als Verteidigungsministerin.

Natürlich fällt einer da der Spruch ein „Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer“, aber das wäre unangemessen.

Lourdes Contreras von den Rondas Campesinas: „Radikale Veränderungen sind notwendig“

Die Feministin und Soziologin Lourdes Contreras ist Mitglied der Rondas Campesinas Femeninas de Llushcapampa in Cajamarca. In einem Interview, das im Dezember von der lateinamerikanischen Initiative INAY (Iniciativa Movimientos de Base Abya Yala) veröffentlicht wurde, äußert sie sich zu den Protesten gegen den peruanischen Kongress im November. Sie spricht über die Auslöser und die Forderungen der Rondas Campesinas nach einer verfassungsgebenden Versammlung, die plurinational und feministisch sein soll, und betont, wie wichtig der Feminismus für den Prozess des Wandels in Peru ist.

Das vollständige Interview ist [hier](#) nachzulesen, eine deutsche Übersetzung gibt es bei amerika21.de.

Bildungsrückstand – mehr als 373.000 Schulkinder können nicht von zu Hause aus lernen

Schulkinder aus den Amazonasregionen Loreto, Ucayali und San Martin waren 2020 am schwersten betroffen vom Verlust ihres Rechtes auf Bildung, so eine Studie der staatlichen Ombudsstelle Defensoria del Pueblo. Sie hatten keinen Zugang zur Fernunterrichtsstrategie der Regierung „Ich lerne zu Hause“ („aprendo en casa“). Die Regionen mit der höchsten Anzahl von Schüler*innen ohne Zugang zu Bildung sind Loreto, Ucayali und San Martin, dicht gefolgt von Cajamarca und La Libertad. Da tausenden Schüler*innen in ihrem Recht auf Bildung verletzt wurden, fordert die Ombudsstelle bessere soziale und pädagogische Konzepte, insbesondere auch um Schulabbrüche von Kindern und Jugendlichen vor allem in den ländlichen Gebieten zu verhindern.

Außerdem weist die Studie vom November 2020 daraufhin, dass 114.450 Schüler*innen an öffentlichen Schulen im Jahr 2020 die Schule abgebrochen haben. Dabei ist es bemerkenswert, dass die am stärksten betroffene Region wieder Loreto ist, die 23.591 Schulabbrecher*innen registriert, gefolgt von Lima, La Libertad, San Martin und Ancash.

Deshalb fordert die Defensoria del Pueblo, Bedingungen „für hybriden und präsenten Unterricht, den die Hygienebedingungen erlauben“ zu schaffen. Diese Bedingungen sollten an die regionalen und lokalen Maßnahmen angepasst werden und flexibel sein.

(<https://www.servindi.org/actualidad-noticias/25/01/2021/2020-mas-de-373-mil-estudiantes-no-accedieron-aprendo-en-casa>)

Landkarte über maritime Ökosysteme

Das peruanische Umweltministerium arbeitet an der Entwicklung einer ersten Karte der maritimen Ökosysteme über vorhandene Flora und Fauna entlang der langen Pazifikküste. Diese soll genauere Informationen für den Tourismus oder einer nachhaltigen Nutzung liefern wie auch genauere Informationen der Gefährdungen. Die Erarbeitung dieser Karte wird unter anderem durch die bundesdeutsche Entwicklungsgesellschaft GIZ unterstützt.

(Inforegion. Lima, 5.10.20)

Korruption 2020: Peru und die Zahl 94

Die internationale Organisation Transparency International hat den Korruptionswahrnehmungsindex 2020 veröffentlicht. Dänemark und Neuseeland nehmen auf einer auf einer Skala von 0 (hohes Maß an wahrgenommener Korruption) bis 100 (keine wahrgenommene Korruption) mit 88 Punkten den ersten Rang ein. Deutschland steht mit 80 Punkten an neunter Stelle von insgesamt 180 evaluierten Ländern. In Lateinamerika verzeichnen Uruguay (Rang 21), Chile (25) und Kuba (63) eine vergleichsweise geringe Korruptionswahrnehmung. PERU liegt mit 38 Punkten unter dem weltweiten Durchschnitt von 43 Punkten und steht – wie Brasilien - auf Platz 94 (2019 Platz 101). Die weitere Rangliste lateinamerikanischer Staaten: Mexiko und Bolivien Rang 124, Paraguay Rang 137, Nicaragua Rang 159. Venezuela steht mit Platz 176 ganz oben auf der Korruptionsliste, nur noch „getoppt“ von Syrien, Somalia und Süd Sudan.

www.transparency.org.cpi

Schweiz und Luxemburg zahlen Millionen-Korruptionsgelder an Peru zurück

Die Schweiz und Luxemburg wollen rund 21,3 Millionen Euro an Korruptionsgeldern an Peru zurückzahlen. Das Geld soll in Projekte zur Verbesserung der peruanischen Justiz und Strafverfolgung fließen, um Korruption und Straflosigkeit künftig zu untergraben. Konkret geht es in den Projekten darum, die Digitalisierung, Standarisierung sowie Aus- und Fortbildung von Personal der peruanischen Behörden voranzutreiben. Die drei Staaten hatten dafür zuvor ein gemeinsames Abkommen unterzeichnet. Die 21, 3 Millionen Euro, die nun von der Schweiz und Luxemburg nach Peru zurückfließen, stammen aus Korruptionsgeschäften in Peru.

<https://www.blickpunkt-lateinamerika.de/artikel/schweiz-und-luxemburg-zahlen-millionen-korruptionsgelder-an-peru-zurueck/>

14. ISP-News Februar 2021

Ein abgeschwächtes Lieferkettengesetz, kritische Nachfragen bei Deutschlands grösster Kupferraffinerie und ein Protestbrief europäischer Peru-Gruppen.

- **Das Lieferkettengesetz kommt**

Eine gute Nachricht: Letzte Woche hat sich die Bundesregierung auf einen Kompromiss für ein deutsches Lieferkettengesetz geeinigt. Allerdings wäre ein wirkungsvolleres Gesetz möglich gewesen. So soll das Lieferkettengesetz ab 2023 zunächst nur für Unternehmen ab 3.000 Mitarbeitenden gelten, ein Jahr später dann für alle Unternehmen ab 1.000 Mitarbeitenden. Besonders enttäuschend: Die Bundesregierung verzichtet auf eine zivilrechtliche Haftung. Betroffene von Menschenrechtsverletzungen haben auch in Zukunft kaum eine Möglichkeit, Unternehmen hierzulande gerichtlich zur Verantwortung zu ziehen. Immerhin erhalten NGOs und Gewerkschaften erweiterte Klagerechte und können Betroffene vor deutschen Gerichten vertreten. Dennoch fehlt so aus unserer Sicht der wichtigste Baustein für ein wirksames Lieferkettengesetz. Und auch die Pflicht zur Einhaltung von Umweltstandards berücksichtigt das Gesetz nur marginal – hier gibt es dringenden Nachbesserungsbedarf. Umso wichtiger ist es, dass in Zukunft eine Behörde prüfen wird, ob sich Unternehmen an ihre Sorgfaltspflichten halten. Verstößt ein Unternehmen gegen seine Pflichten, kann die Behörde Bußgelder verhängen und das Unternehmen von öffentlichen Aufträgen ausschließen. Das ist ein großer Fortschritt zu den bisherigen freiwilligen Ansätzen.

Mit tausenden Unterschriften, zahlreichen Aktionen, Veranstaltungen und Gesprächen mit Politiker*innen hat die Initiative Lieferkettengesetz in einem breiten Bündnis dafür gesorgt, das Lieferkettengesetz auf die politische Agenda zu setzen. Die Initiative ist ein Zusammenschluss aus 124 zivilgesellschaftlichen Organisationen, dem auch die ISP und Bergbaukampagne angehören. Mit einem Online-Seminar, einer eigenen Stellungnahme und der Beteiligung an vielen lokalen Aktionen hat die Infostelle mit Beispielen aus Peru zur Arbeit und zum Erfolg der Initiative beigetragen.

- **Kampagne Bergwerk Peru:**

Hauptversammlung bei Aurubis – Peruanische Bezugsquellen für importiertes Kupfer weiter unbekannt

Die Hamburger Kupferschmelze Aurubis AG bezieht den Großteil ihres Kupferkonzentrats aus Ländern wie Chile, Peru und Brasilien. Aus Peru stammt rund ein Viertel des nach Deutschland importierten Kupfers. Daraus lässt sich schließen, dass die Aurubis AG den größten Teil davon

verarbeitet. Aber der Konzern legt die konkreten Lieferanten nicht offen und zieht sich dabei immer wieder auf „Wettbewerbs- und Vertragsgründe“ zurück.

In vielen Kupferabbaugebieten Perus kommt es zu schweren Menschenrechtsverletzungen und Verstößen gegen Umweltauflagen. Seit Jahren werden hohe Schwermetallgehalte in der Umwelt und bei den Menschen selbst gemessen, wie zum Beispiel in Cerro de Pasco, La Oroya und Espinar. Die gesundheitlichen Folgen sind bedenklich, und durch die Umweltverschmutzung werden die Lebensgrundlagen der betroffenen Bevölkerung zerstört. Proteste gegen umstrittene Projekte oder Forderungen nach Entschädigung werden immer wieder unter Beteiligung der Sicherheitskräfte der Minenbetreiber gewaltsam unterdrückt. Im Sommer 2020 kam es z.B. zu gewalttätigen Ausschreitungen und willkürlichen Verhaftungen, weil der Betreiber der Mine Tintaya-Antapaccay in der Provinz Espinar (Region Cusco) sich der Auszahlung einer einmaligen Corona-Hilfe an die Bevölkerung aus einem regionalen Entwicklungsfonds widersetzte.

Doch ohne genauere Informationen zu den Bezugsquellen von Aurubis ist nicht klar, ob und in welchen Fällen das Unternehmen eine Mitverantwortung trägt. Transparenz in der Lieferkette würde uns ein Instrument in die Hand geben, Druck auf das Unternehmen auszuüben. Die Forderungen unserer Partner vor Ort, die Menschenrechte zu achten, die Umwelt zu schützen und Entschädigungen zu leisten, erhielten damit ein anderes Gewicht, auch hier in Deutschland. Wir meinen, die deutsche Öffentlichkeit hat ein Recht auf diese Informationen, nicht zuletzt auch die Aktionäre.

Zur Hauptversammlung am 11. Februar 2021 haben wir uns daher gemeinsam mit dem Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre, der Christlichen Initiative Romero (CIR), der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) und Goliathwatch an der Formulierung der Gegenanträge zur Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat beteiligt. Bei der virtuell stattfindenden Hauptversammlung wurden unsere Fragen, die wir im Vorfeld eingereicht hatten, nicht zufriedenstellend beantworten. Zur Zertifizierung von peruanischen Zulieferern mit dem neuen „Copper Mark“-Siegel erhielten wir lediglich eine allgemeine Antwort, welche Minen dies sind (in Peru bisher nur Cerro Verde), aber erfuhren nicht, ob Aurubis von dort Kupfer kauft. Ähnlich bei unserer Frage zu Corona-Schutzmaßnahmen und den Vorkommnissen in Espinar: Aurubis sei mit seinen Zulieferern im Dialog, konkrete Informationen zu einzelnen Zulieferern könnten jedoch aus Wettbewerbs und Vertragsgründen nicht gegeben werden.

Hier geht es zu unserer gemeinsamen [Pressemitteilung](#).

Gegenanträge: <https://www.kritischeaktionaere.de/aurubis/gegenantraege-2021-48-3/>

Fragen an den Vorstand der Aurubis AG: <https://www.kritischeaktionaere.de/aurubis/kupfer-lieferkette-umweltschutz-menschenrechte-bilanzgewinn-und-unternehmensgeschichte-unsere-fragen-an-den-aurubis-konzern/>



© SeeyouCU/Wikimedia

- **Menschenrechtsverteidiger im Konflikt Tía María zu Haftstrafen verurteilt**

Stellungnahme der Plataforma Europa Perú

Der Gerichtsspruch geht zurück auf die Proteste von Bauern gegen das geplante Kupferprojekt Tía María (Valle del Tambo, Arequipa) im Jahr 2015. Bereits 2009 hatten sich mehr als 90 Prozent der Bevölkerung gegen dieses Projekt in einer der wichtigsten landwirtschaftlichen Zone Perus ausgesprochen. Jetzt, fünf Jahre später, wurden zwei Anführer der sozialen Bewegungen zu langjährigen Haftstrafen verurteilt: Jesús Mariano Cornejo Reynoso, Präsident des Wassernutzerverbandes von Valle del Tambo zu 7 Jahren und 4 Monaten sowie Jaime de la Cruz, Ex-Bürgermeister des Bezirks Deán Valdivia zur 12 Jahren und 4 Monaten.

Begründet wurde das Urteil mit Aktivitäten von Protestierenden, zu denen es im Rahmen der Ausschreitungen bei den Protesten kam. Jedoch ist es nach peruanischem Recht nicht zulässig, Anführer von sozialen Bewegungen für Aktionen von Einzelpersonen haftbar zu machen. Ein breites Bündnis von NGOs in Peru fordert daher die Aussetzung des Urteils bis zu einer Entscheidung in zweiter Instanz. „Wir betrachten dieses Urteil als repressiven Akt, um den Einsatz für die Umwelt und die Landwirtschaft im Valle de Tambo zu diskreditieren und dadurch Druck auszuüben, um das Projekt Tía María durchzusetzen“, heißt es in der gemeinsamen [Stellungnahme](#) der Coordinadora Nacional de Derechos Humanos (CNDDHH) und zahlreicher anderer peruanischer Organisationen. Es sei auch wichtig, das Urteil zu revidieren, um einer weiteren Eskalation vorzubeugen. Die sozialen Spannungen sind bereits sehr hoch, nicht zuletzt weil bereits sechs Personen bei Zusammenstößen mit Ordnungskräften in diesem Konflikt zu Tode kamen und diese Fälle bis heute straffrei blieben.

Die Kampagne Bergwerk Peru und die Informationsstelle Peru e.V. haben die Stellungnahme der CNDDHH mit unterzeichnet und unterstützen diese Forderungen auch gemeinsam mit anderen europäischen Organisationen in einer Stellungnahme der Plataforma Europa Perú (PEP), die wir auch an die Deutsche Botschaft in Peru geschickt haben:

„Wir als europäische Organisationen sind besorgt, dass mit Urteilen wie diesen die Arbeit von Verteidiger*innen von Umwelt- und Menschenrechten torpediert und das Recht auf Protest ausgehebelt wird.

Wir fordern von den peruanischen Behörden, dass

- die Haftstrafe bis zu einer Entscheidung in zweiter Instanz ausgesetzt wird.
- die Kriminalisierung der sozialen Prozesse endet und diskriminierende Urteile und Anfeindungen gegen Menschenrechtsverteidiger*innen aufhören.
- die bis heute straffrei gebliebenen Menschenrechtsverletzungen durch Ordnungskräfte untersucht werden. Allein beim Konflikt im Jahr 2015 kamen sechs Personen ums Leben, wurden Hunderte verletzt, Hunderte angeklagt sowie Dutzende verurteilt.
- die Menschenrechte garantiert werden, insbesondere das Recht auf Verteidigung der eigenen Rechte, des verfassungsmäßigen Rechts auf Protest und der umfassende Schutz des Einsatzes für die Umwelt.“

Die komplette Stellungnahme der PEP (auf Spanisch) kann [hier](#) nachgelesen werden.

Über die Proteste gegen das Bergbauprojekt Tía María haben wir im InfoPeru mehrfach berichtet, zuletzt in einem [Beitrag](#) im August 2019.

Leider konnten die Stellungnahmen und Forderungen nichts erreichen: Am 29. Januar wurde das Urteil in zweiter Instanz bestätigt.

15. Schuldenreport 2021: Corona-Krise als Schuldentreiberin

Die Schuldenkrise im Globalen Süden wächst seit Jahren. Darauf weisen das Entschuldungsbündnis „erlassjahr.de – Entwicklung braucht Entschuldung e. V.“ und MISEREOR in den von beiden gemeinsam herausgegebenen jährlichen Schuldenreports hin. Nach ihren Berechnungen waren 2018 119 der damals untersuchten 141 Länder in eine kritische Schuldensituation geraten, 2019 waren es 122 von 154 untersuchten Ländern, 2020 bereits 124 von 154.

Nun weist der neue „Schuldenreport 2021“ nach, dass die Corona-Krise die Situation erheblich verschärft hat: durch den Lock Down in den Ländern des Globalen Südens ist deren Wirtschaft stark eingebrochen, Rohstoffpreise sind durch sinkende Nachfrage auf dem Weltmarkt gesunken, der Tourismus ist ebenso wie die Überweisungen der im Ausland arbeitenden Migrant*innen zurückgegangen. Die gesunkenen Einnahmen haben die Möglichkeit der Schuldendienst-Zahlungen eingeschränkt und zu neuen Kreditaufnahmen geführt. So sind inzwischen 132 von 148 untersuchten Ländern im Globalen Süden kritisch verschuldet.

Der IWF erließ im Rahmen einer Initiative knapp 30 Ländern vom April 2020 bis zum April 2021 ihre Schuldendienst-Zahlungen. Kritisiert wird im Schuldenreport die restriktive Auswahl der begünstigten Länder und die Tatsache, dass der IWF sich die Zahlungsausfälle von seinen Mitgliedern finanzieren lässt, die das Geld vermutlich aus ihren Entwicklungs-Etats entnehmen.



Die G20-Staaten haben in ihrer Initiative zur Schuldenerleichterung den 73 ärmsten Ländern der Welt angeboten, die an sie fälligen Schuldendienst-Zahlungen vom Mai 2020 bis Juni 2021 auszusetzen. Die Zahlungen sind allerdings nicht erlassen, sondern müssen später geleistet werden.

Die privaten und multilateralen Gläubiger haben sich an dieser Initiative nicht beteiligt, sodass die Länder des Globalen Südens weiterhin den größten Teil ihrer Schuldendienst-Zahlungen leisten mussten bzw. müssen. Außerdem besteht so die Gefahr, dass die eingesparten G20-

Schuldendienst-Zahlungen nicht der wirtschaftlichen Erholung des Landes, sondern zur Schuldendienstzahlung an andere Gläubiger verwendet werden.

Der Bundesregierung wird empfohlen, sich dafür einzusetzen,

- dass die G20-Staaten auch private Gläubiger zur Teilnahme an Schuldenerleichterungen verpflichten und
- dass sich auch die Weltbank und andere multilaterale Gläubiger beteiligen.

Weitere Beschlüsse zu Schuldenerleichterungen sollen nicht ohne Konsultationen mit betroffenen Regierungen gefasst werden, um sicherzustellen, dass alle hochverschuldeten Länder eine Chance auf Schuldenerleichterungen erhalten.

Weitere Kapitel des Schuldenreports befassen sich unter anderem mit der Rolle Deutschlands als Gläubiger des Globalen Südens, der (nicht vorhandenen) Beteiligung des Privatsektors am Schuldenmoratorium und der ökonomischen und gesellschaftlichen Notsituation im Libanon.

Exkurs: Die Schuldensituation Perus

Die vom Oktober 2018 stammende [Einschätzung](#) auf der erlassjahr-Homepage zur Schuldensituation Perus lautete wie in vielen Jahren zuvor: „Peru hat (...) aktuell kein Schuldenproblem.“ Nur die Indikatoren, die sich auf die Schulden bzw. den Schuldendienst im Verhältnis zu den Export-Einnahmen beziehen, lagen leicht über den Grenzwerten.

Im neuen Schuldenreport wird nun auf einer Weltkarte die Schuldensituation Perus farblich als „kritisch“ bewertet. Zur Erklärung dieser Veränderung wurde ich von erlassjahr auf eine Einschätzung des IWF vom Mai 2020 zur wirtschaftlichen Situation Perus verwiesen. Dort wird unter anderem darauf hingewiesen,

- dass sich durch eine Verschlechterung der Handelsbedingungen bereits 2014 und 2015 die Wachstumsrate Perus von über sechs auf drei Prozent halbiert hat,
- El Niño 2017 und der Korruptionsskandal Lava Jato das Wachstum weiter gesenkt haben und
- der Corona-Schock die peruanische Wirtschaft in eine Rezession geführt hat.

So mussten die Wachstumsvoraussagen für 2020 von über drei Prozent (Januar 2020) auf minus 6,5 Prozent korrigiert werden. Die Exporteinnahmen Perus gingen zurück, ebenso – durch den Rückgang der wirtschaftlichen Aktivitäten – die Produktion von elektrischer Energie (um 28 Prozent).

Der „Schuldenreport 2021“ weist eindrücklich nach, dass die Schuldensituation vieler Länder des Globalen Südens nach wie vor und aktuell verstärkt durch die Corona-Pandemie eine Bedrohung für ihre wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung ist. Die Forderung nach Schuldenerlassen muss verstärkt gestellt werden, das Thema müsste in der (entwicklungs-)politischen Diskussion wieder eine größere Rolle spielen.

Der Schuldenreport kann bestellt oder heruntergeladen werden unter <https://erlassjahr.de/produkt/schuldenreport-2021/>

Jimi Merk

16. 23. – 24. April 2021: Peru-Seminar online- die Corona-Pandemie und ihre Folgen

Peru-Seminar online

Peru: Die Corona-Krise und ihre Folgen

Freitag, 23. April 2021, 19 bis 21 Uhr,

Samstag 24. April, 14.00 bis 21.15 Uhr

Die Corona-Pandemie hat Peru besonders hart getroffen. Nach einer nur kurzen „Verschnaufpause“ nach dem ersten Lockdown ist die Situation inzwischen wieder dramatisch: Peru hat eine der höchsten Sterblichkeitsraten weltweit, es mangelt akut an Sauerstoff und Intensivbetten. Das Gesundheitssystem ist in der Krise kollabiert. Der Lockdown hat zu einem dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit und trotz staatlicher Hilfsprogramme zu einer Verschärfung der Armut geführt. Indigene Völker im Amazonasgebiet sind besonders von der Corona-Krise betroffen. Das staatliche Gesundheitssystem ist hier völlig unzureichend.

Wir beschäftigen uns auf dem Seminar mit der aktuellen Situation, aber auch mit den Ursachen dafür, dass die Krise Peru besonders trifft: Das Gesundheitssystem ist seit Jahren wegen staatlicher Sparmaßnahmen unterfinanziert. Gute medizinische Versorgung ist privatisiert und teuer. In Peru sind 70% der Erwerbstätigen informell beschäftigt und ohne soziale Absicherung. Um die Wirtschaft möglichst schnell wieder anzukurbeln, wird die Extraktiv-Wirtschaft gefördert. Dafür werden auch Menschenrechts- und Umweltstandards gesenkt.

Aber es gibt auch unzählige Initiativen der Zivilgesellschaft, um die Versorgung mit dem Nötigsten zu organisieren. Auch hiervon werden wir berichten.

Wie immer geht es in dem Seminar auch um den Blick zu uns: Welches sind die globalen Ursachen dafür, dass Gesundheitssystem und Wirtschaft in Peru besonders stark getroffen sind? Was muss sich bei uns ändern? Wie reagiert die deutsche Entwicklungszusammenarbeit auf die Krise? Welche Initiativen zur Zusammenarbeit und Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Engagements in Peru gibt es bei uns und was können wir selber tun?

Mit Fabiola Torres von der Plattform Salud con lupa in Lima, Giancarlo Castiglione, Lima, Benjamin Back von der Deutschen Botschaft in Lima und weiteren Referent*innen aus Peru.

Das Programm gibt es in Bälde auf unserer Homepage, ab dann ist auch eine Anmeldung möglich.

Information unter info@infostelle-peru.de

Impressum

Sie können den Newsletter bestellen über die Webseite der Informationsstelle Peru e.V., www.infostelle-peru.de

Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an newsletter@infostelle-peru.de

Redaktion: Hildegard Willer, Heinz Schulze, Annette Brox

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V. Er wird gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt und von Caritas international.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Informationsstelle Peru e.V. verantwortlich.

Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor und Caritas international, vom Referat Weltkirche der Erzdiözese Freiburg, von der Christlichen Arbeiterjugend Freiburg sowie von zahlreichen Mitgliedern und Spender*innen.